

Schulentwicklungsplan

Kreis Düren

Fortschreibung
mit einem Ausblick bis zum Jahr 2025

Teil II: Zusammenfassung und Empfehlungen

Juni 2011



Projektgruppe
Bildung und Region

Königsplatz 27 · 53173 Bonn
Zentrale: 0 228 - 35 55 12
Telefon: 0 228 - 36 30 04
Telefax: 0 228 - 36 30 01
info@bildungundregion.de
www.bildungundregion.de

Wolf Krämer-Mandau
Nicolás Merker-Sagué
Hubertus Schober

kraemer-mandau@biregio.de
info@biregio.de

Autor
Autor



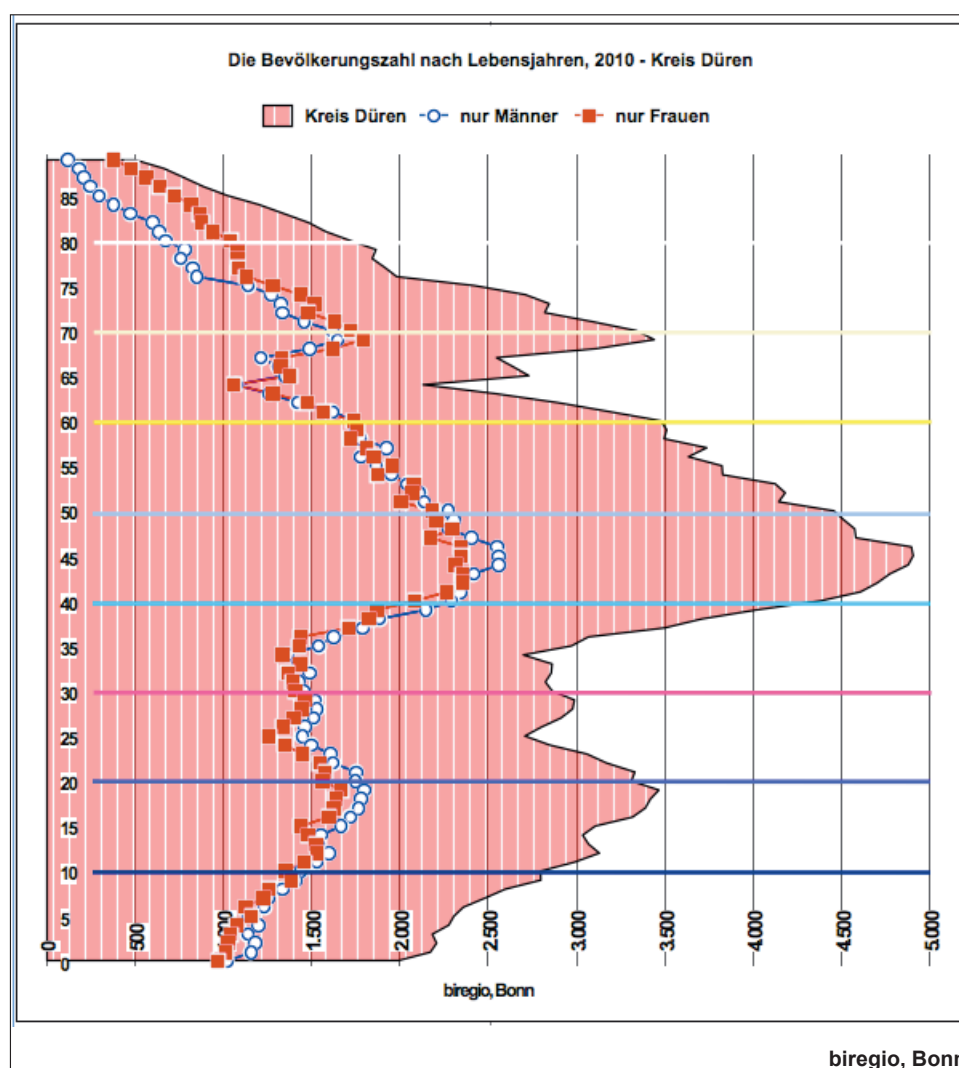
16. Kerneergebnisse, Alternativen und Empfehlungen für die Entwicklung der Schulen im Kreis Düren

Demographische Grundlagen

Die Bevölkerungszahl in Nordrhein-Westfalen beginnt wieder rückläufig zu werden. Diese Entwicklung tangiert gleichermaßen den Kreis Düren sowie die Nachbarkreise. Im Kreis Düren wird die Überalterung der Bevölkerung schon direkt greifbar. (vgl. hierzu die Kapitel 4 bis 6)

Durch das "Auslaufen" der sehr hohen Zuwächse bei der jungen Bevölkerung mit Kindern wird die demographische Basis in der Regel auf die nun vor Ort wohnende Kernbevölkerung im Kreis Düren zurückgeworfen. Die Zahl der Geburten ist in den letzten Jahren stark abgesunken.

Doch deutlich übersteigt die Zahl der 20- bis 25-Jährigen im Kreis Düren die der 30-Jährigen, was - zumindest für einige Jahre - eine wieder leicht steigende Zahl geborener Kinder nach sich ziehen wird, sofern die entsprechenden "Reize" und Grundbedingungen vorhanden sind: Arbeitsplätze, Wohnungen, überdurchschnittlich gute soziale Indikatoren, Betreuung der Kinder, Schulangebote, Aus- und Weiterbildung.



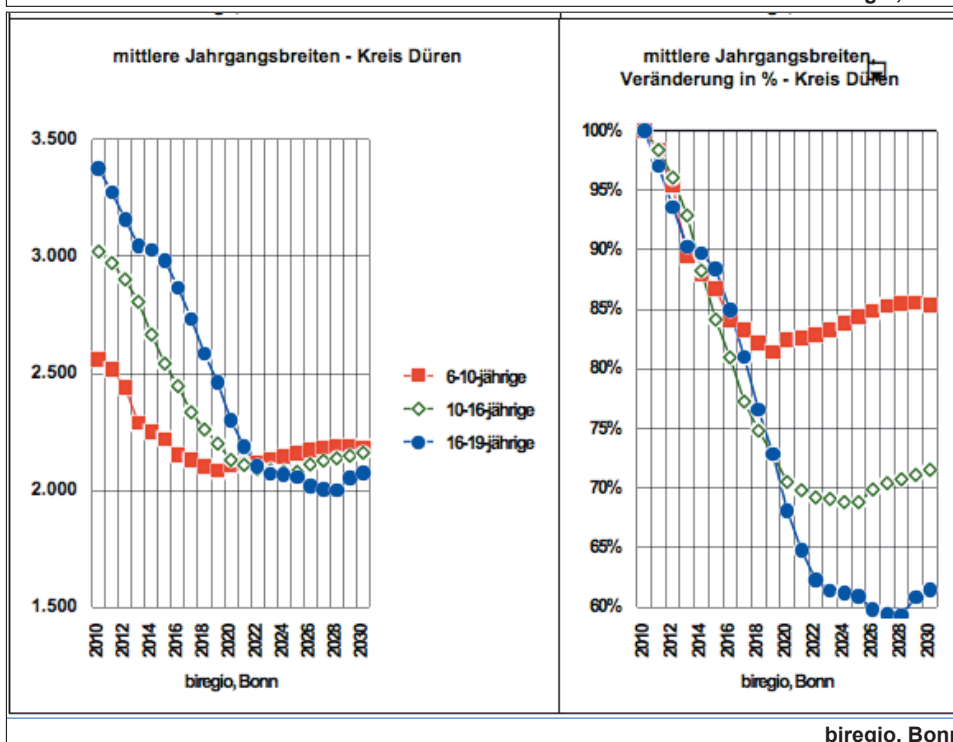
Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungszuwächse konzentrieren sich in den letzten Jahren im Kreis Düren vor allem auf die Gemeinden Vettweiß und Merzenich, die Stadt Nideggen und die Gemeinden Langerwehe, Niederzier und Aldenhoven. In einigen Kommunen jedoch sinkt die Bevölkerungszahl leicht ab. (vgl. Kapitel 5) Im Kreis Düren bricht die Zahl der mittel- und der längerfristig zu erwartenden Grundschüler bereits inklusive der einbezogenen Neubauvorhaben (vgl. Kapitel 6) gegenüber dem heute sehr niedrigen Stand weiter dramatisch ein:

Bevölkerung in der Region	1995	2000	2004	2006	2008	2009	Veränderung:	1995 bis 2009
Aldenhoven	13.247	13.687	14.360	14.200	14.056	14.062	815	6,2%
Düren, Stadt	90.274	91.801	93.486	92.614	92.904	92.906	2.632	2,9%
Heimbach, Stadt	4.613	4.645	4.617	4.592	4.488	4.471	-142	-3,1%
Hürtgenwald	8.474	8.835	8.842	8.791	8.715	8.685	211	2,5%
Inden	7.624	7.648	7.595	7.341	6.969	6.875	-749	-9,8%
Jülich, Stadt	32.061	33.414	33.948	33.670	33.342	33.133	1.072	3,3%
Kreuzau	16.989	18.192	18.381	18.045	17.868	17.834	845	5,0%
Langerwehe	12.999	13.665	14.000	14.059	14.233	14.172	1.173	9,0%
Linnich, Stadt	13.697	13.853	13.788	13.720	13.667	13.632	-65	-0,5%
Merzenich	8.873	9.743	9.991	9.881	9.855	9.797	924	10,4%
Niederzier	13.176	14.075	14.279	14.265	14.227	14.085	909	6,9%
Nideggen, Stadt	9.675	10.573	10.684	10.809	10.772	10.716	1.041	10,8%
Nörvenich	10.760	11.502	11.492	11.390	11.104	10.988	228	2,1%
Titz	8.269	8.373	8.480	8.523	8.366	8.274	5	0,1%
Vettweiß	7.834	8.558	8.965	9.017	9.041	9.007	1.173	15,0%
Kreis Düren	258.565	268.564	272.908	270.917	269.607	268.637	10.072	3,9%

Quelle: StaLa biregio, Bonn

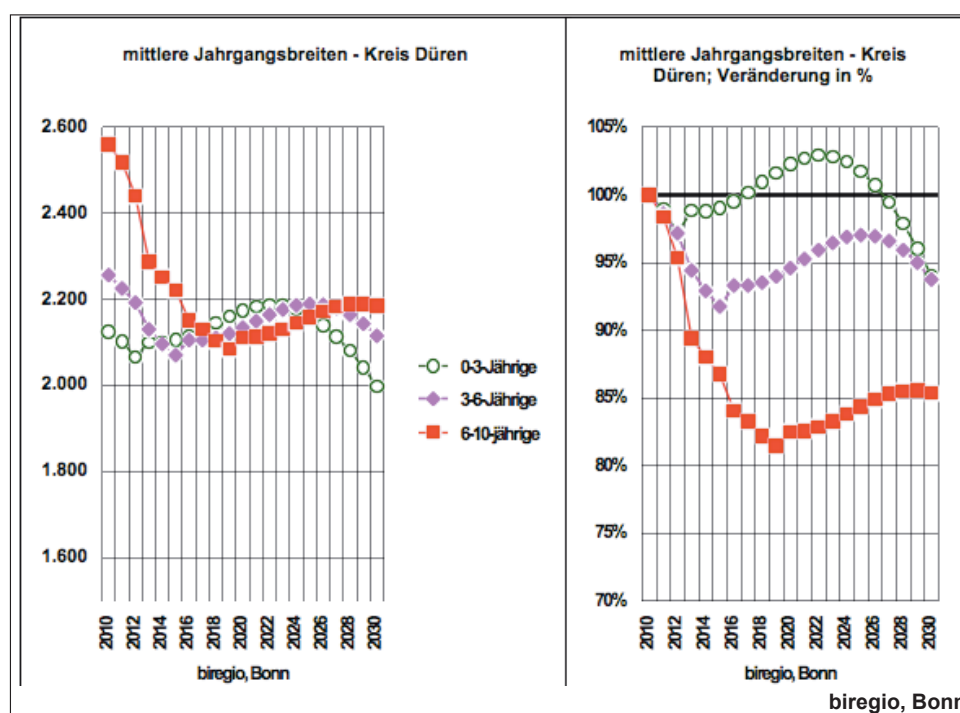
biregio, Bonn



Darauf ist mit einer Exzellenzoffensive im Bereich der Schulen zu reagieren: Hohe Abschlußangebote sind vorzuhalten, um die künftige Bevölkerungsentwicklung positiv zu gestalten, Perspektiven für die Kinder/Bürger im Kreis Düren einzuräumen und das soziale und kulturelle Leben, was sich generell auch stark über die Kontakte der Eltern in den Kindertageseinrichtungen, den Grund- und Sekundarschulen definiert, interessant zu gestalten.

Kindertagesstätten

In den Kindertagesstätten werden im Kreis Düren in den nächsten Jahren womöglich weitaus weniger Plätze und Gruppen bei den Drei- bis Sechsjährigen "frei", als Plätze und Gruppen für den U-3-Bereich benötigt werden. Doch wird abzuwarten sein, ob durch die Bewegung bei den Grund- und Sekundarschulen nicht teilweise oder ausreichend Raum frei wird (vgl. Kapitel 6), um "kostenlos" Bildungshäuser in ansonsten freien Schulkapazitäten einzurichten und dem Kreis Düren bzw. seinen Kommunen Neubauten zu ersparen. Dafür bedarf es einer vernetzten Schul- und Kindertagesstättenplanung.



Merkmale der schulischen Entwicklung

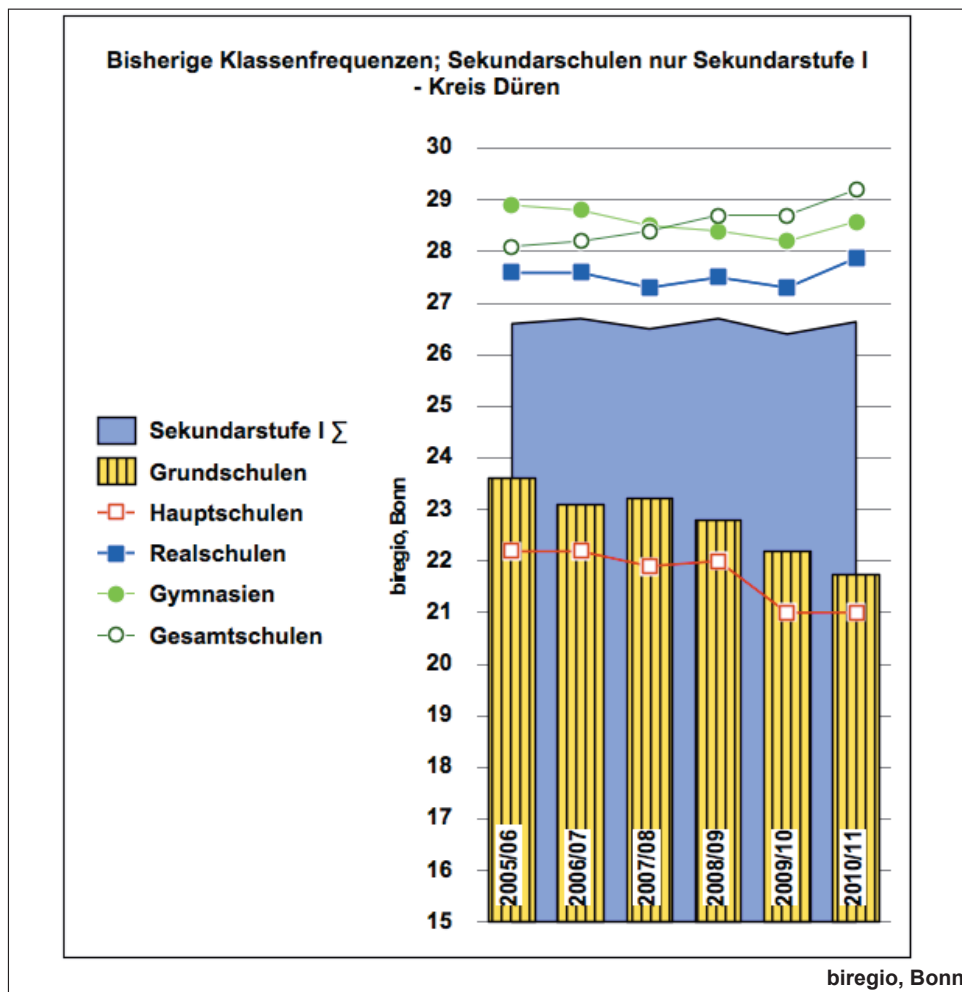
Die Klassenfrequenzen in den Grundschulen sowie in den Sekundarschulen im Kreis Düren sind weiterhin ausgesprochen hoch. Seit rund zwei Jahren sinken sie nur in den Grundschulen und in den Hauptschulen nachhaltig.

Die Verteilung der Jungen und Mädchen auf die Schulen scheint nachhaltig zugunsten der Mädchen entschieden zu sein: Sie besuchen dominant Schulen mit längeren Bildungslaufbahnen.

Kinder mit Migrationshintergrund scheinen in den Bildungssystemen mit höheren Bildungslaufbahnen weniger Chancen zu haben ...

Die Integration bzw. Inklusion ist nach den Meldungen der Schulen nur in einigen Regionen ein Kernthema:

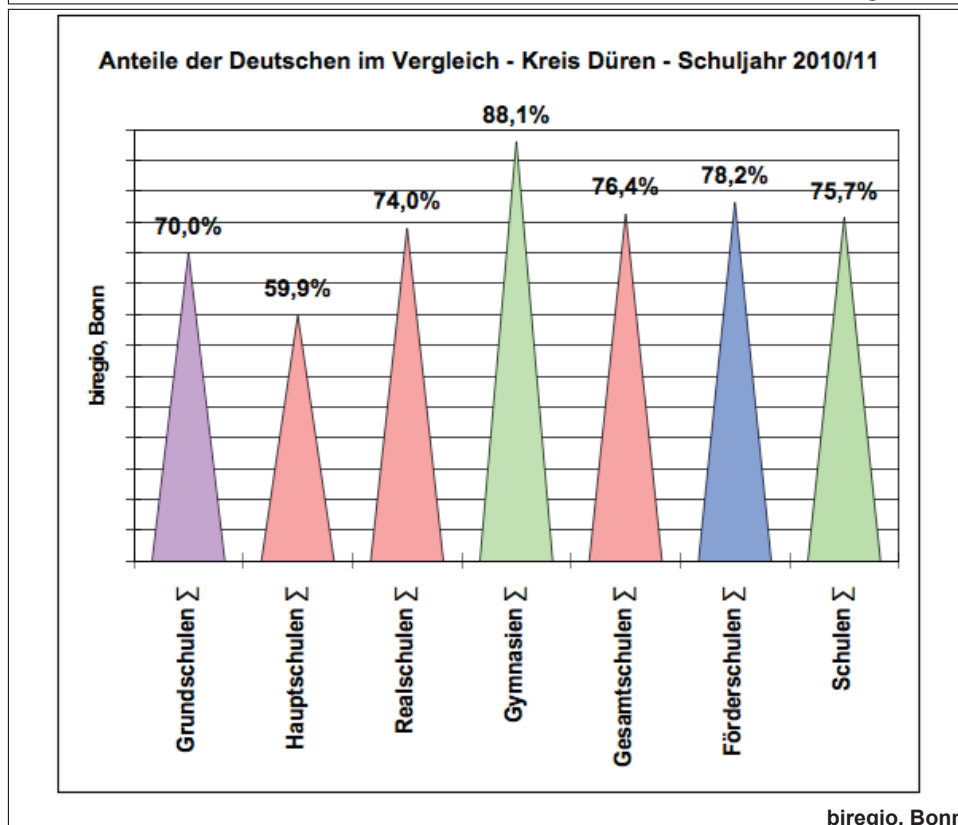
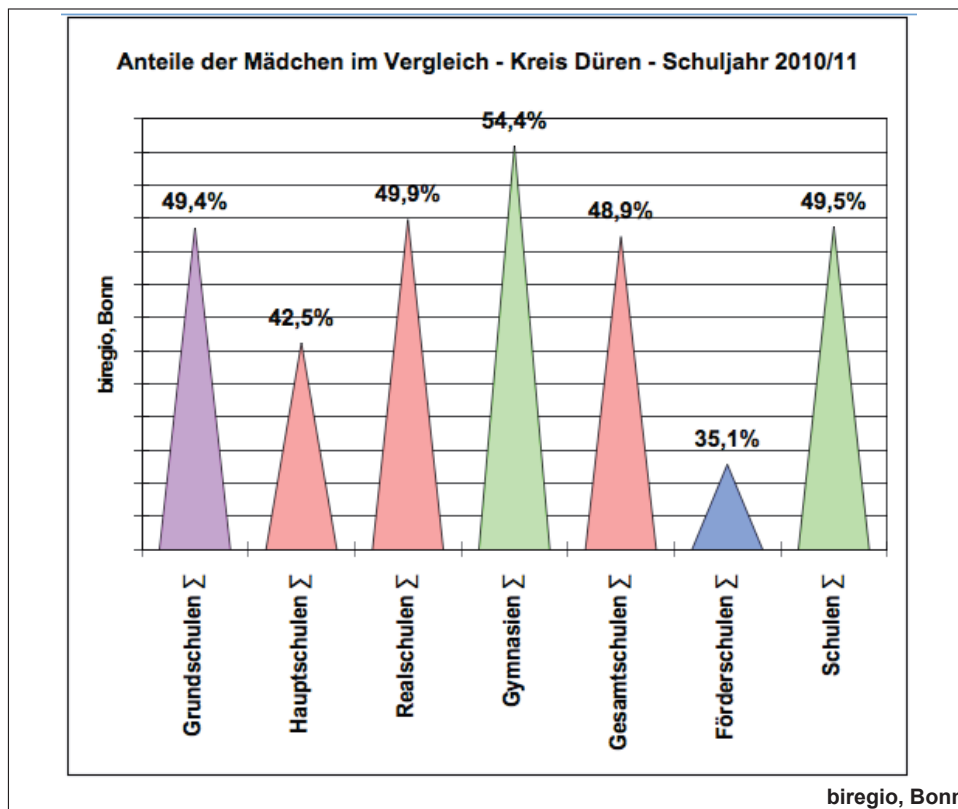


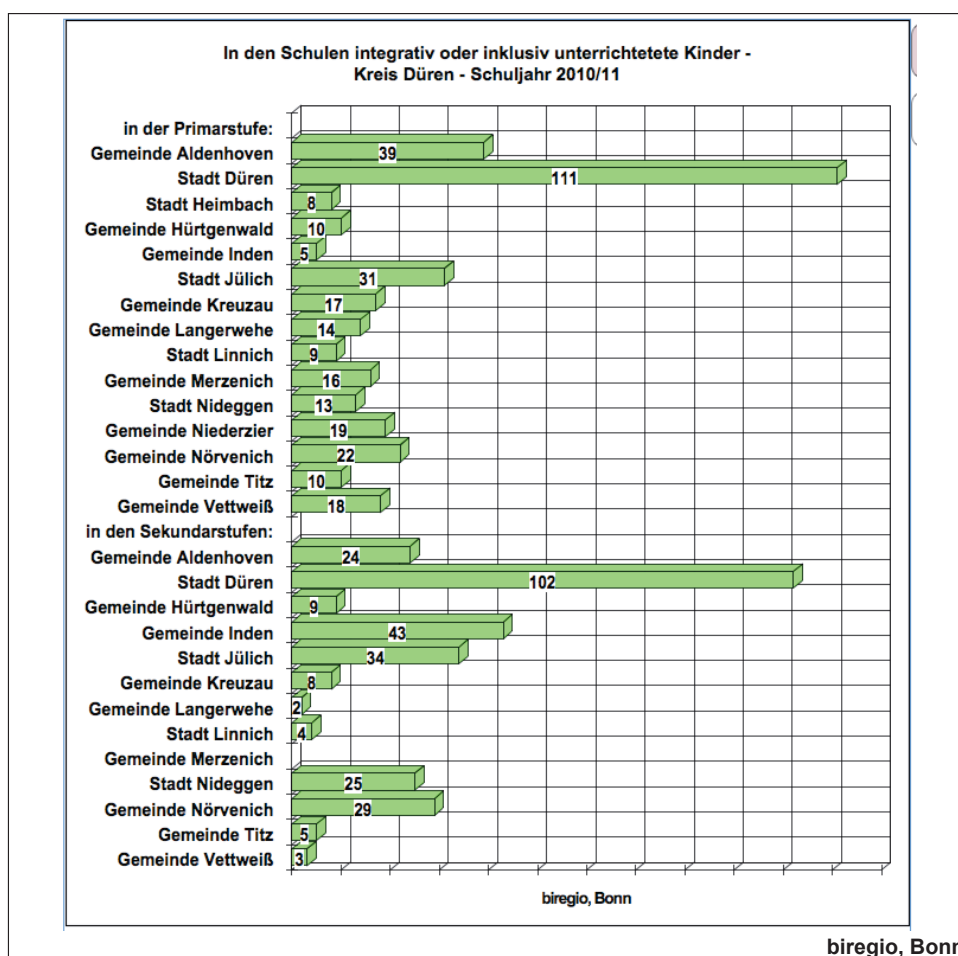


Schlußkapitel

Ergebnisse,
Alternativen,
Empfehlun-
gen







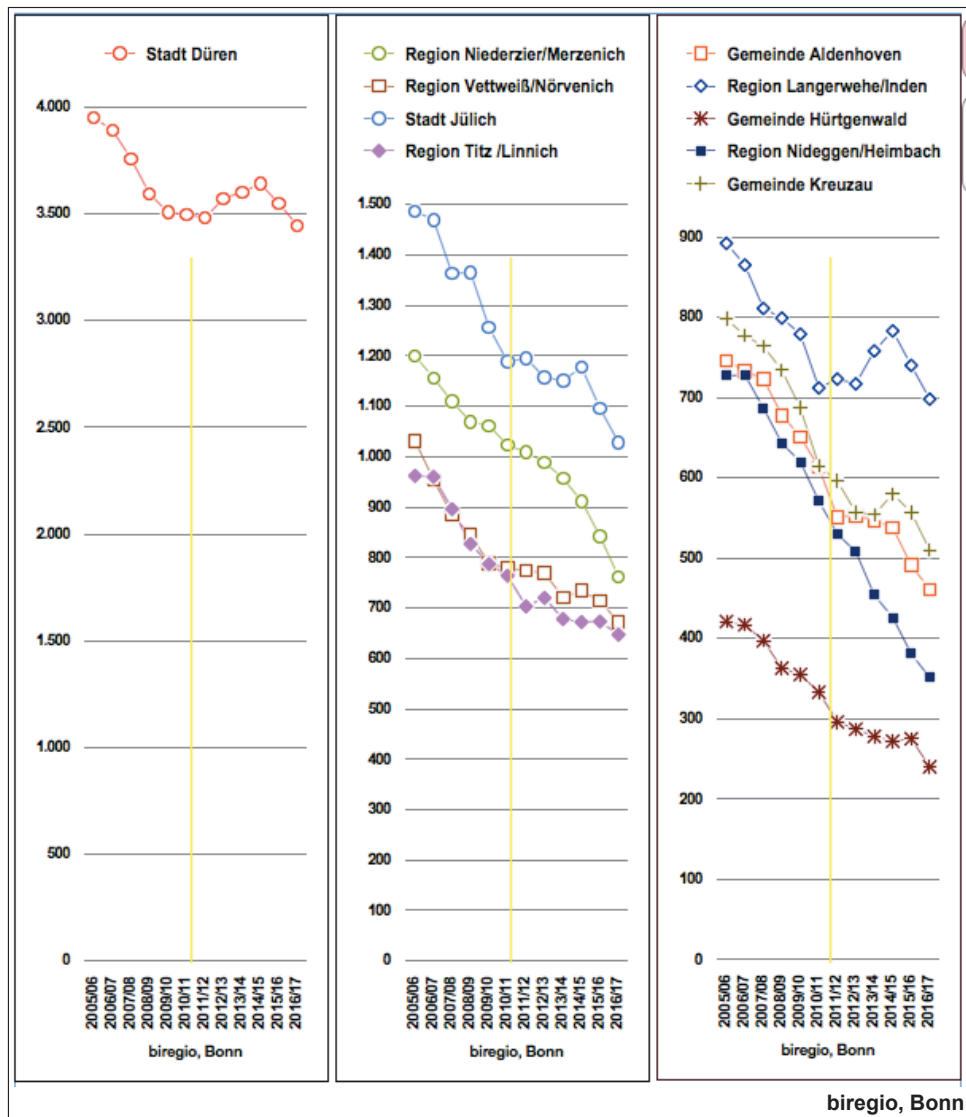
Grundschulbasis

In den Grundschulen im Kreis Düren insgesamt geht die Zahl der Schüler weiter zurück (vgl. Kapitel 7). Dabei ist sie vor allem in den letzten Jahren schon merklich gesunken (vgl. Kapitel 3, das die Entwicklung der Schulen bis zum Schuljahr 1995/96 zurückverfolgt) - von 13.320 auf rund 8.400 Grundschüler - und zwar vor allem in den Kommunen außerhalb der Kreisstadt.

So wurden und werden über den Ganzttag, die Inklusion und moderne pädagogische Arbeitsformen in den Grundschulen markante Anpassungsschritte notwendig. Dafür können in der Regel Räume aus dem Bestand aquiriert werden, was teuren Zubauten und dem Invest in neue Flächen vorzuziehen ist.

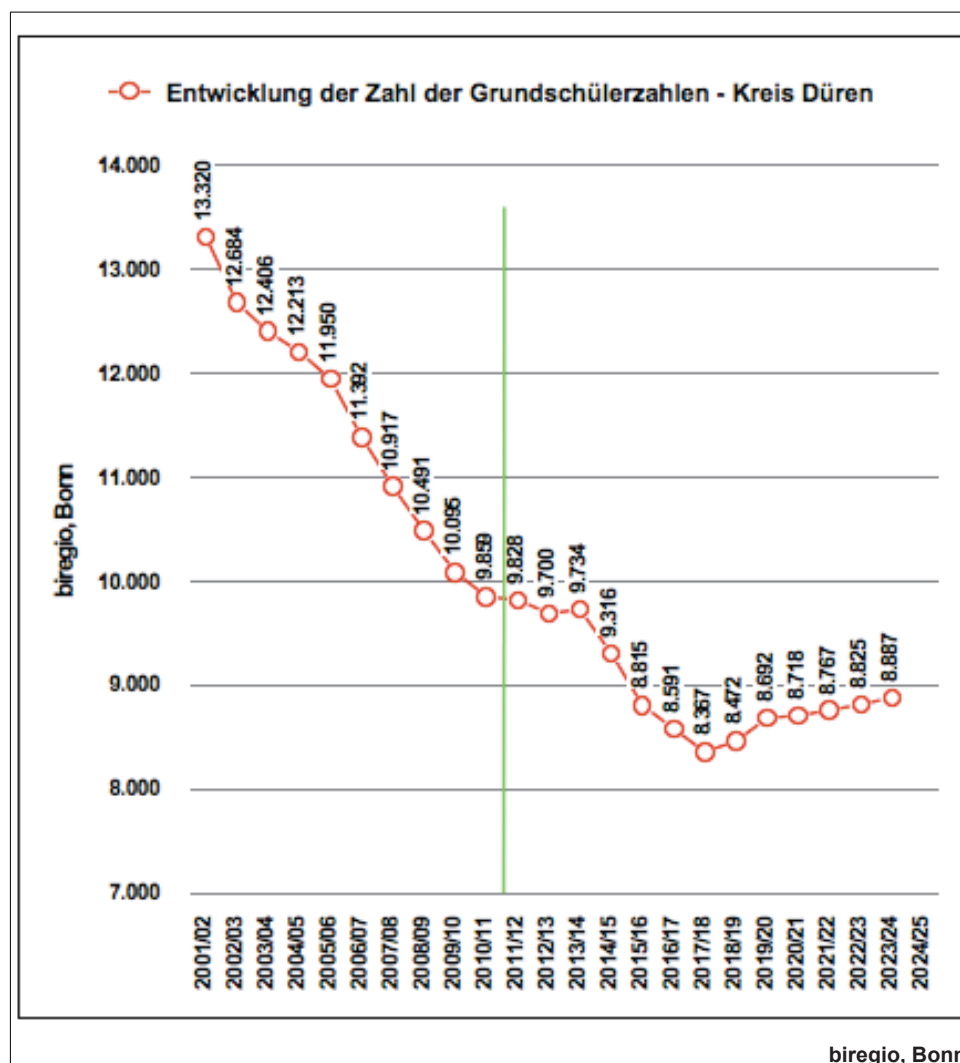
Im Bereich der Ortsgemeinden wird der sichere und sinnvolle Bestand von eigenständigen Grundschulen schwierig, vor allem dann, wenn sie 1,5-zügig oder gar einzügig werden sollten. Das gilt mit Blick auf die Lehrerversorgung, die pädagogischen und inhaltlichen Differenzierungen sowie das sinnvolle Angebot des Ganztags. Das Gutachten geht davon aus, daß alle Schulen zeitnah zu vollen Ganzttagsschulen umgewandelt werden müßten.





Schlusskapitel
Ergebnisse, Alternativen, Empfehlungen





Förderpädagogik

Die Förderpädagogik steht vor der großen Herausforderung, die Integration der Schüler nicht flächig aufgegriffen zu haben. Ihre Schülerzahlen im Kreis Düren sinken nicht und die Versorgungsanteile in den Förderschulen sind in den letzten Jahren gar gestiegen. (vgl. Kapitel 8) Damit werden die Schulen im Kreis Düren keinesfalls immer inklusiver. Genau genommen geschieht gerade das Gegenteil: Sie werden "exklusiver".

Künftig können sie nicht mehr "neben" den Regelschulen ihren "besonderen Raum" offerieren, in dem im Regelschulsystem nicht förderfähig scheinende Schüler zusammengefaßt werden. Die Förderschule generell wird nun wohl zu einer die gesamten Schulen eng begleitenden Schule.

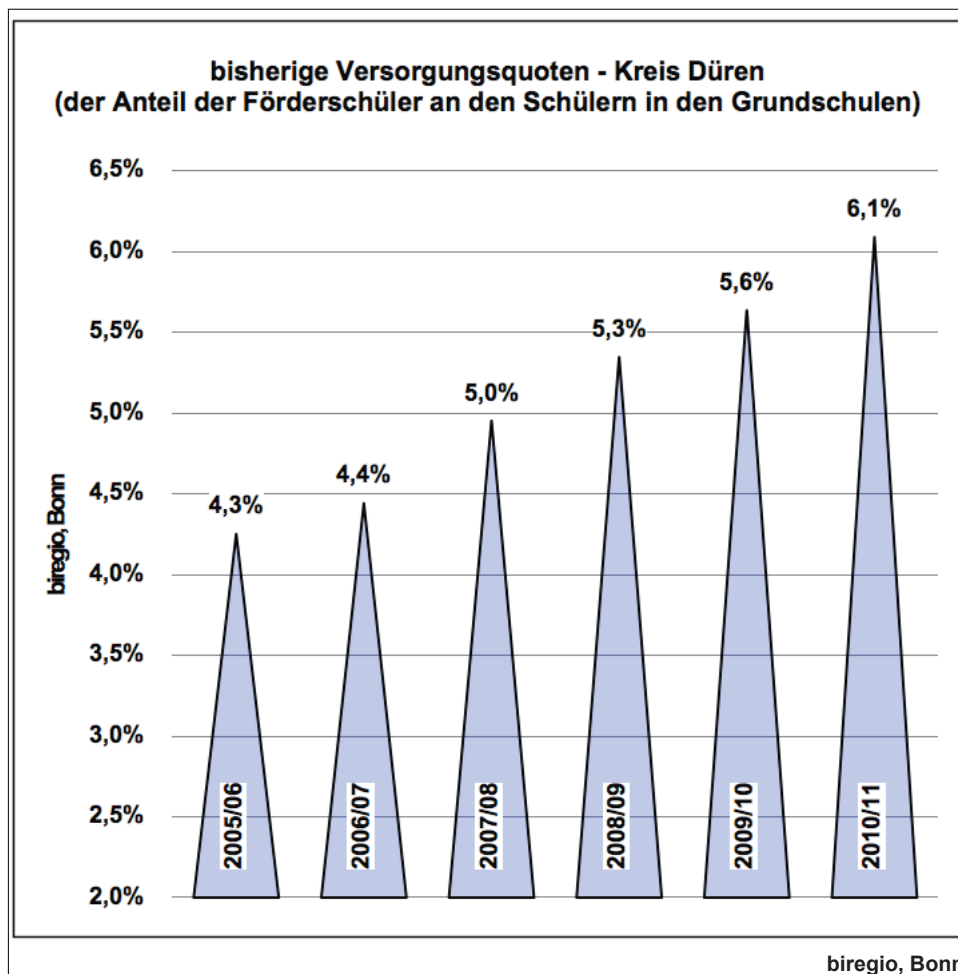
Sie muß sich von der "Integration" zu einer "Inklusion" bewegen: Schüler mit einem erhöhten oder hohem Förderbedarf werden in die Regelschulen "eingeschlossen". Wie weit dies schon in den nächsten Jahren möglich sein wird, wird auszutesten sein. Von daher wird sich die Rolle aller Förderschulen bundesweit und wird sich vielleicht parallel dazu auch deren Standort verändern:

Ein schüler- und flächenbezogen sehr kleines (!) Kompetenz- bzw. Förderzentrum arbeitet in die Regelschulen hinein oder es wird einer Regelschule



angelagert, von der aus es in alle Regelschulen im Kreis Düren hineinarbeitet.

In den Prognosen für den Kreis Düren wird zunächst noch - wie auch bei den Primar- und den weiterführenden Schulen - eher die Entwicklung innerhalb der alten Schulgesetzgebung gespiegelt, um die sich stellenden Herausforderungen quantifizieren zu können. Somit liegt die Prognose möglicherweise unter den tatsächlich zu erwarteten Zahlen. Wie weit dies sein wird, muß offen bleiben. Die Rolle eines jeden Landes als eine gewisse Steuerungsinstanz wird abzuwarten sein.



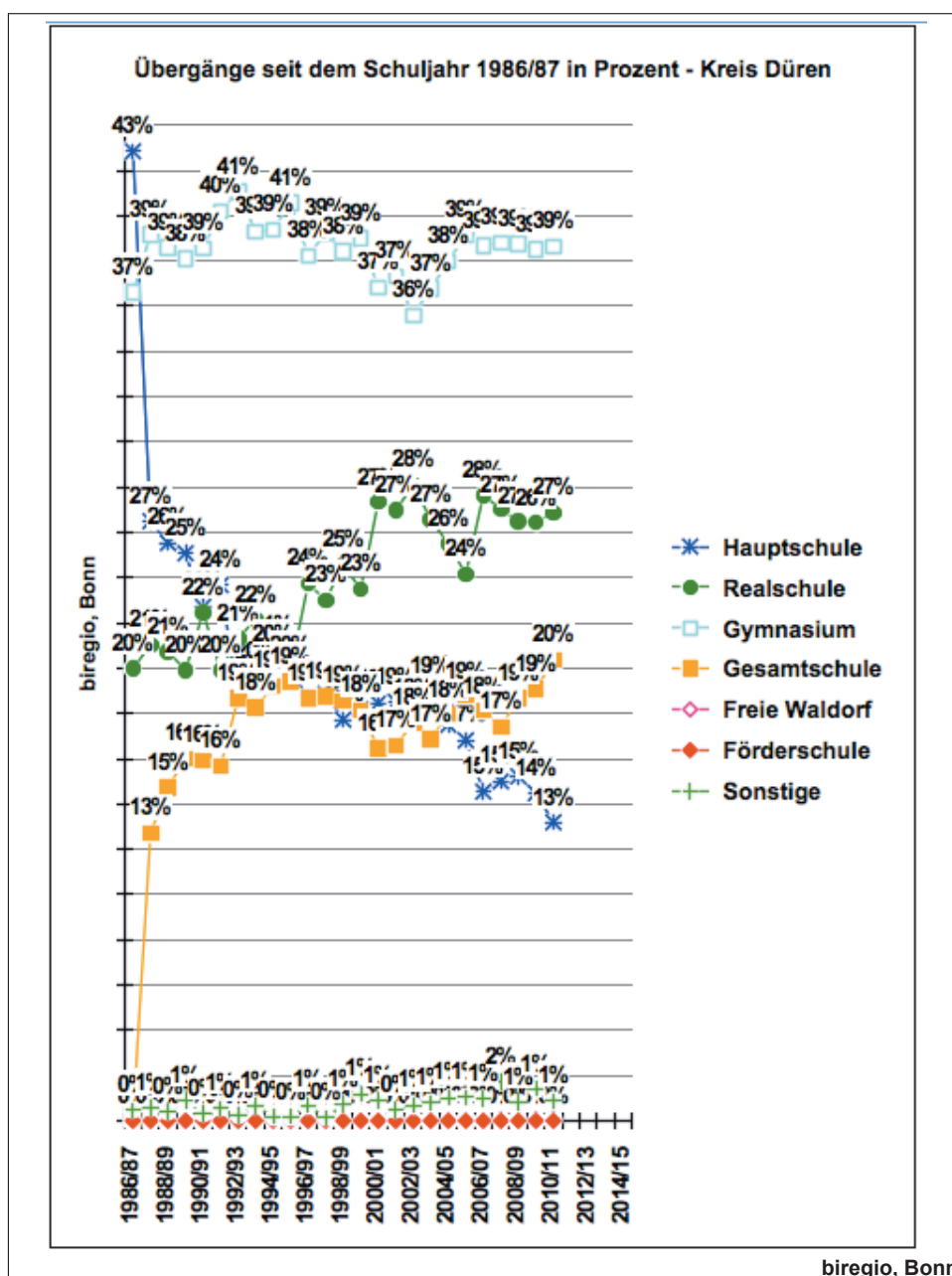
Übergänge in die Sekundarschulen

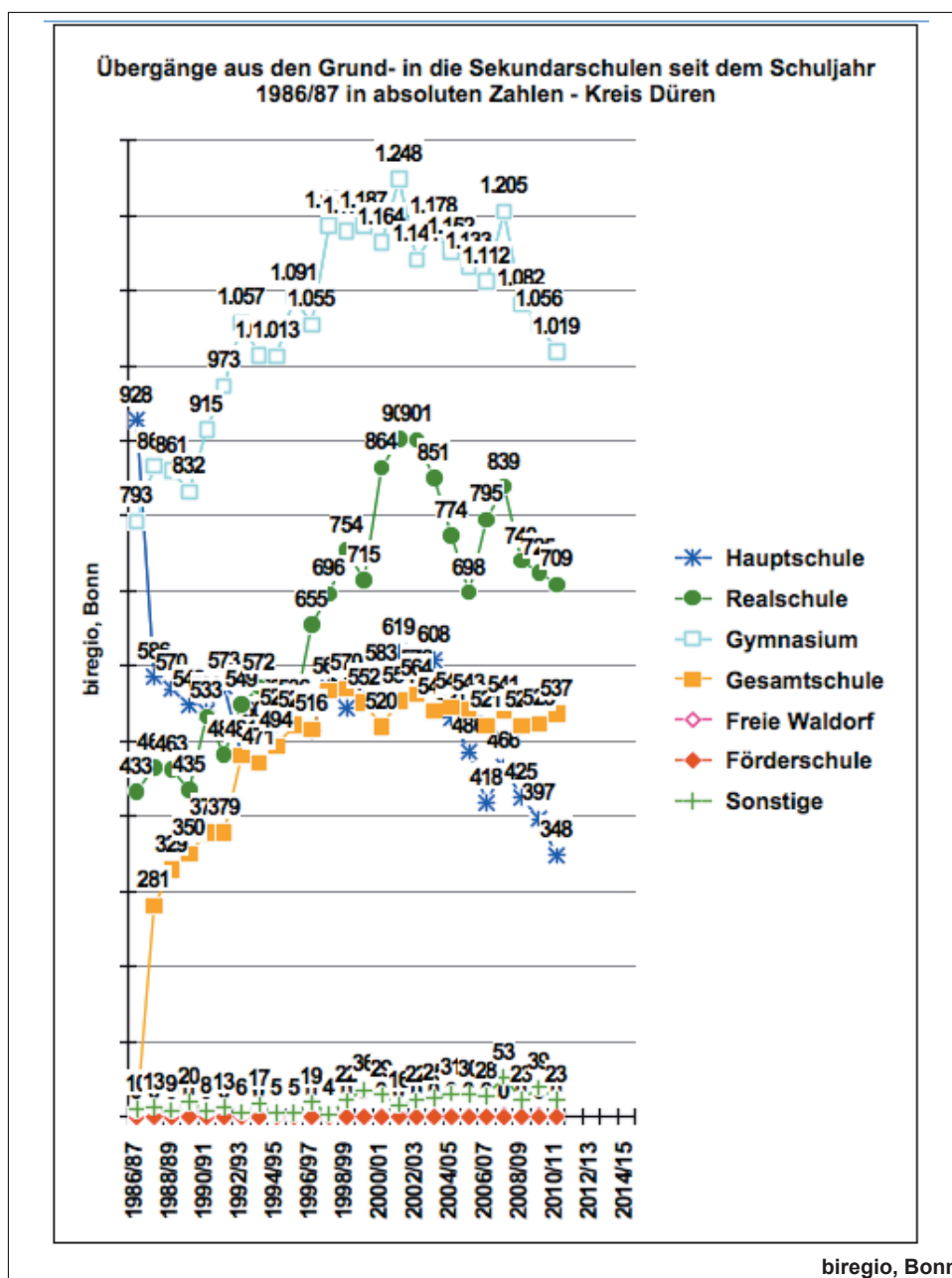
Derzeit bleibt der relative Anteil der Schüler, die nach der vierten Klasse ein Gymnasium anwählen gleich (ca. 39%). Zugleich fällt die absolute Zahl der Gymnasiasten, die aus den Grundschulen im Kreis Düren hervorgehen (von über 1.200 auf rund 1.000!) Damit bleiben die Gymnasien relativ gleich stark, doch sinken die Anmeldezahlen. Gleiches gilt für die Realschule (zwar weiterhin ca. 27% Anteil und nur noch 700 Übergänge statt über 900 vor einigen Jahren), während die Hauptschule relativ und absolut (nur noch 13% Übergänge und lediglich rund 350 Hauptschüler im Schuljahr 2010/11 im gesamten Kreis Düren) verliert. Die Gesamtschule hält durch die Zügigkeitsfestlegungen ihre Schülerzahlen und beginnt bei den insgesamt nachlassenden Schülerzahlen ihren prozentualen Anteil auszubauen. (vgl. Kapitel 9)



Indirekt entsteht im Kreis Düren eine Art von "neuer Haupt- und Realschule": in den Räumen der Realschulen ... und ist in der Tendenz eine Art "neues Gymnasium" unter Einschluß von ehemals potentiellen Realschülern entstanden. Die Aufnahmemodalitäten der Standorte mit einer Gesamtschule werden sich in den nächsten Jahren wohl erheblich verändern, weil die demographischen Bedingungen dieser Standorte (vgl. dazu das Kapitel 6) zu anderen Einpendlerströmen führen werden.

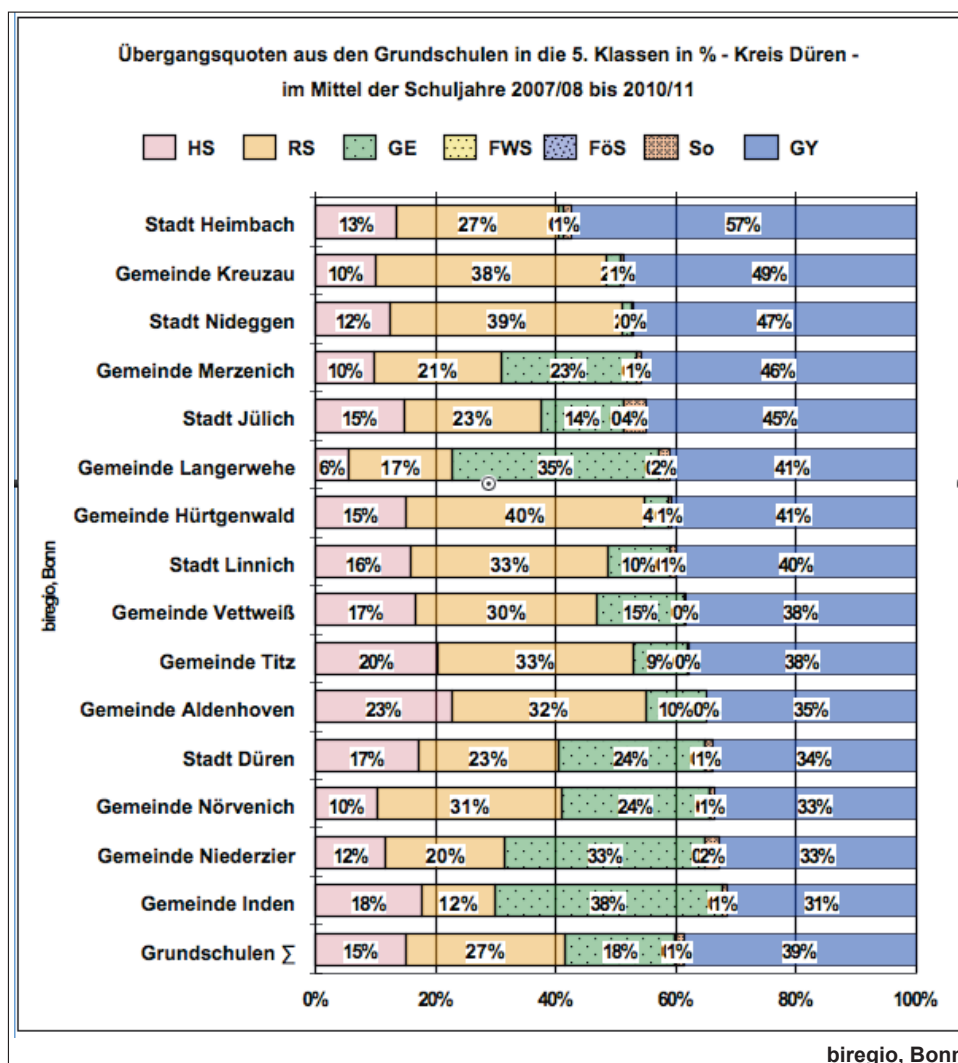
Gleiches gilt auch für die Gymnasien, die um des Erhaltes ihrer Größe und ihres Lehrerstandes bzw. wegen des Ersatzes von Pensionierungen durch neue Lehrer bangen müssen. Sich schülerzahlbezogen stark verkleinernde Schulen werden in ihren Kollegien in den nächsten Jahren vor allem über die Pensionierungen stellenbezogen "verkleinert". Dadurch besteht die ernst zu nehmende Gefahr, daß die Kollegien "überaltern". Der "Kampf um die Köpfe" bekommt damit keine qualitative, sondern eine quantitative Bedeutung.





Dabei sind die Disparitäten im Kreis Düren außerordentlich groß. So reicht die Spanne der Übergänge zum Gymnasium von 31% bis 57%.



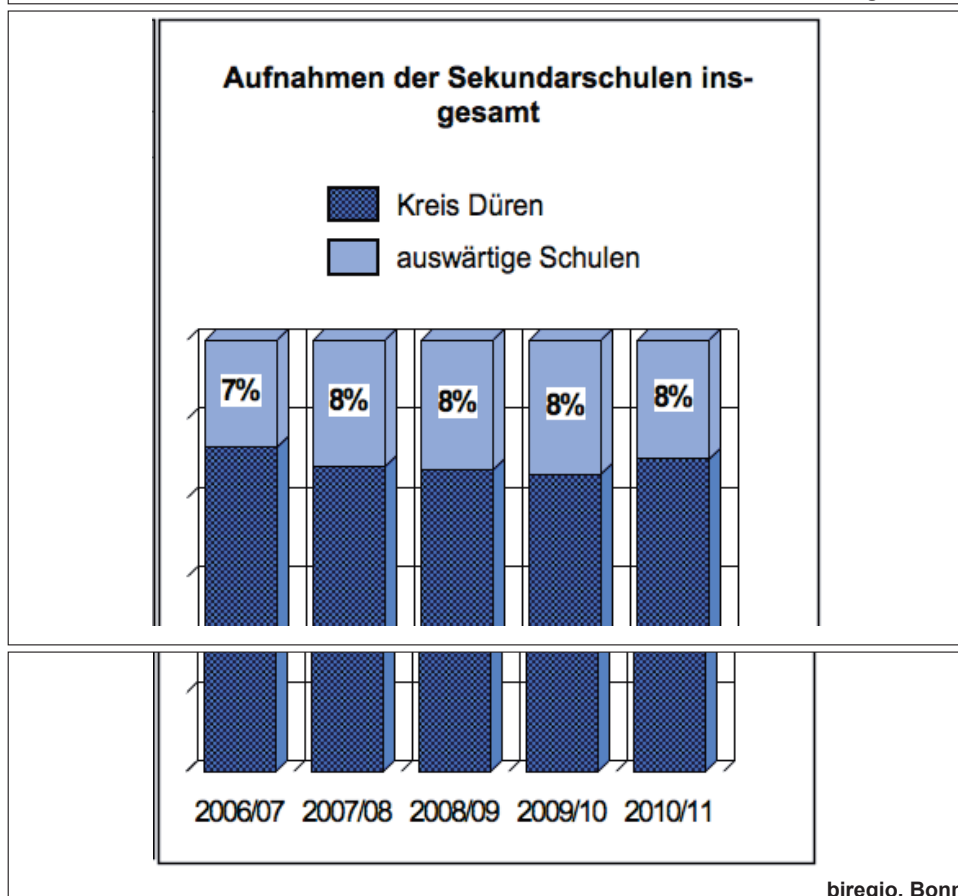
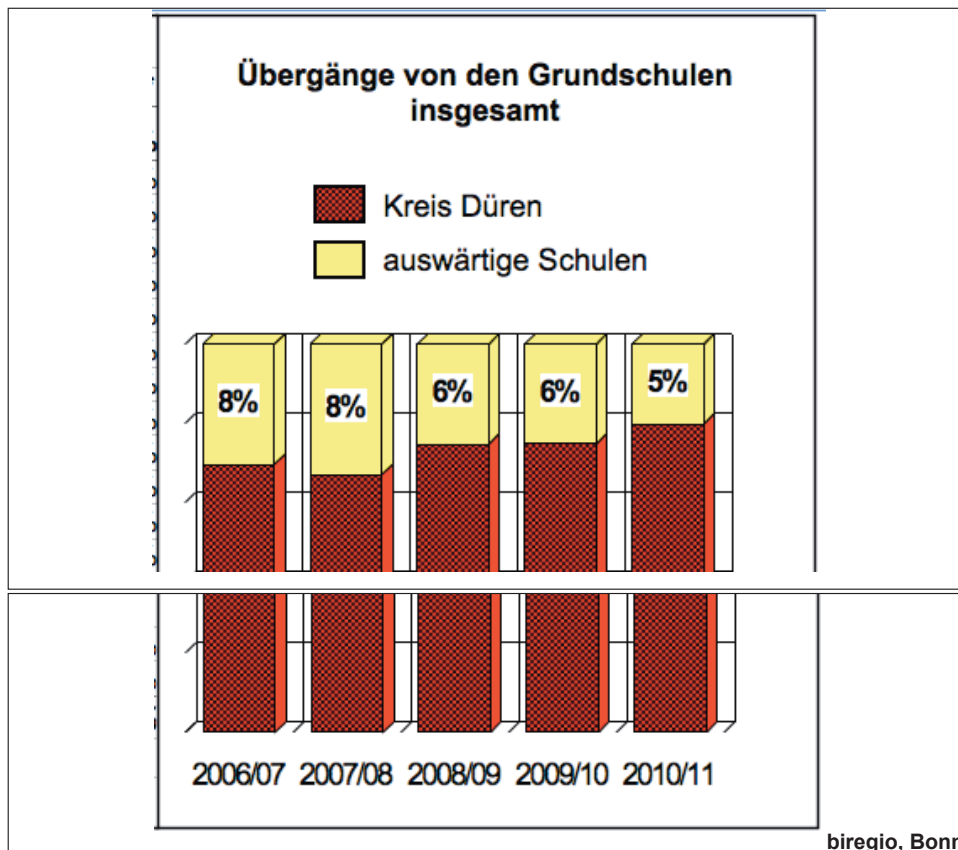


Pendlerbewegungen

Dabei nehmen die Sekundarschulen im Kreis Düren heute in konstantem Maße (ca. 8%) Schüler von außen auf. Der Anteil der Schüler die nach der Grundschule im Kreis Düren in die Schulen der Umgebung abwandern (5%; vor wenigen Jahren 8%) scheint abzunehmen.

Im Schnitt der letzten Jahre (vgl. das Kapitel 10) pendelten 160 Schüler nach der vierten Klasse aus. Gut fünf Züge gehen den Schulen im Kreis Düren also "verloren". Parallel pendeln 216 Schüler ein: gut acht Züge:



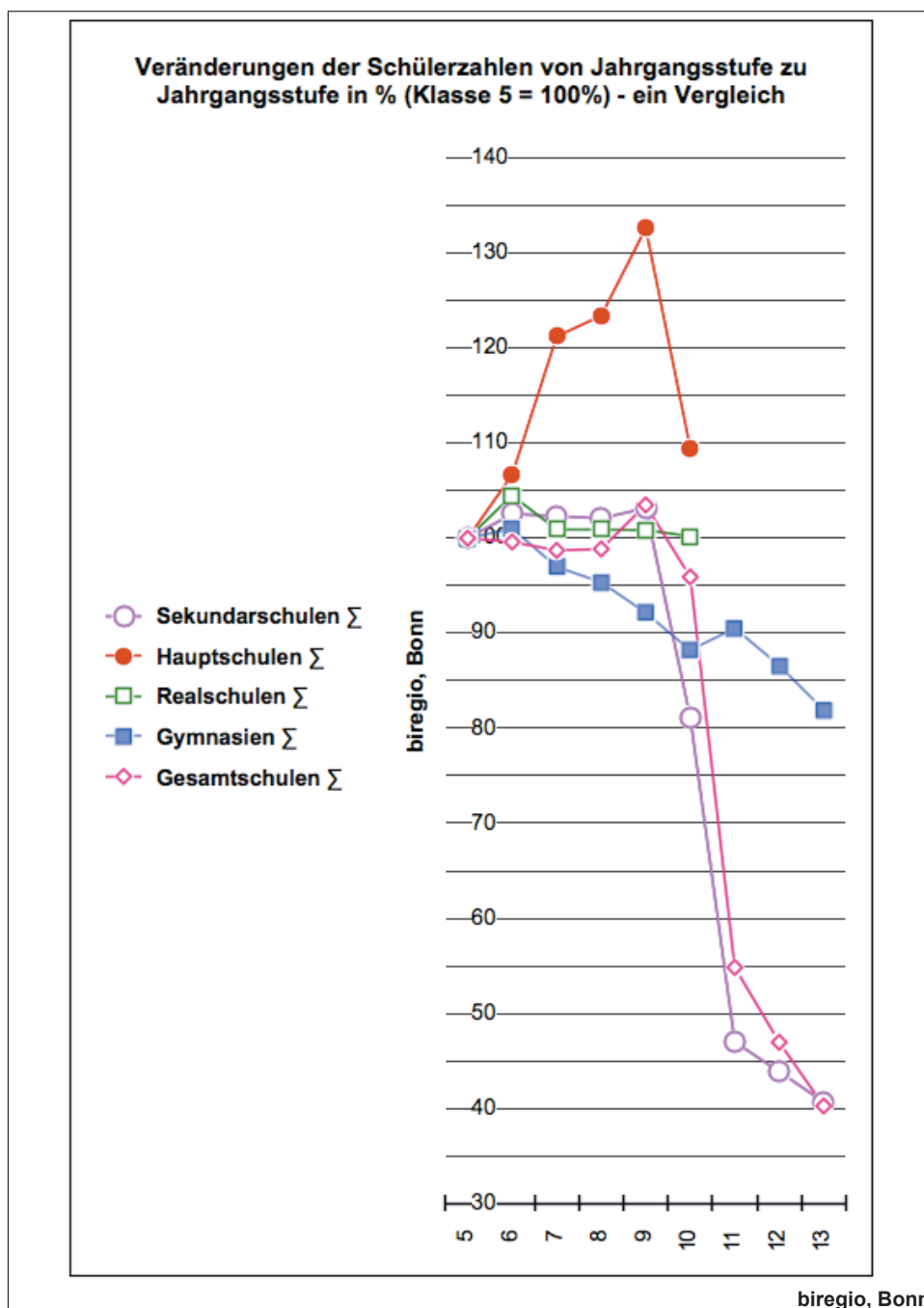


"Rückläufereffekte"

Die Rückläufereffekte zwischen den Sekundarschulen im Kreis Düren sind wie folgt zu skizzieren: Die Hauptschulen haben im Mittel über 30% mehr Schüler in ihren 9 Klassen, als sie in den 5. aufnehmen, bei den Realschulen werden Schüler, die aus den Gymnasien zurück kommen, durch Abgänge an die Hauptschulen "ersetzt" und die Gymnasien führen in ihren 10. (künftig 9.) Jahrgängen nur nur 10% weniger als sie in den 5. Jahrgängen aufgenommen haben. Die Selektivität der Gymnasien ist wohl sehr stark gesunken. (vgl. Kapitel 11)

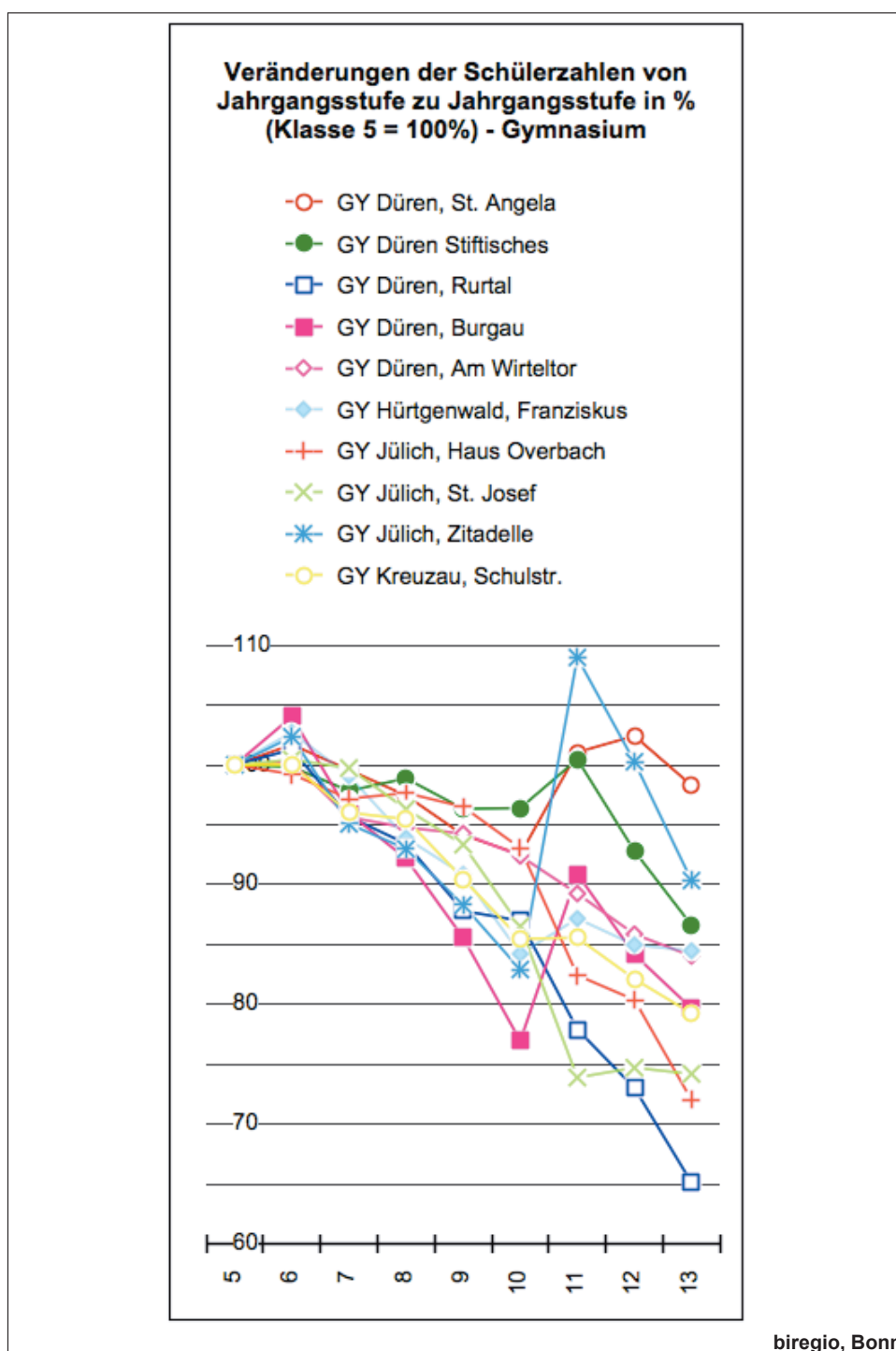
Schlusskapitel

Ergebnisse, Alternativen, Empfehlungen



Dabei bestehen zwischen den Gymnasien große Unterschiede, auch was die Zugänge nach der Klasse 10 (künftig Klasse 9) betrifft:





Entwicklung der Schulformen

Im Kreis Düren (vgl. Kapitel 3 und vor allem 12) sind folgende Tendenzen zu verzeichnen: Die Schülerzahlen der Hauptschulen sinken nicht allein im Eingangsbereich dramatisch, die Realschulzahlen insgesamt haben nach den entlastenden Neugründungen den Zenit überschritten (kaum eine hält ihre Schülerzahlen!), die Schülerzahlen der Gymnasien steigen nicht mehr an und die Gesamtschulen schöpfen ihre Zügigkeiten aus.

Da sich die Anmeldungen und Aufnahmen nicht gleichmäßig auf alle Gymnasien verteilen, kann punktuell in einigen Gymnasien im Kreis Düren eine

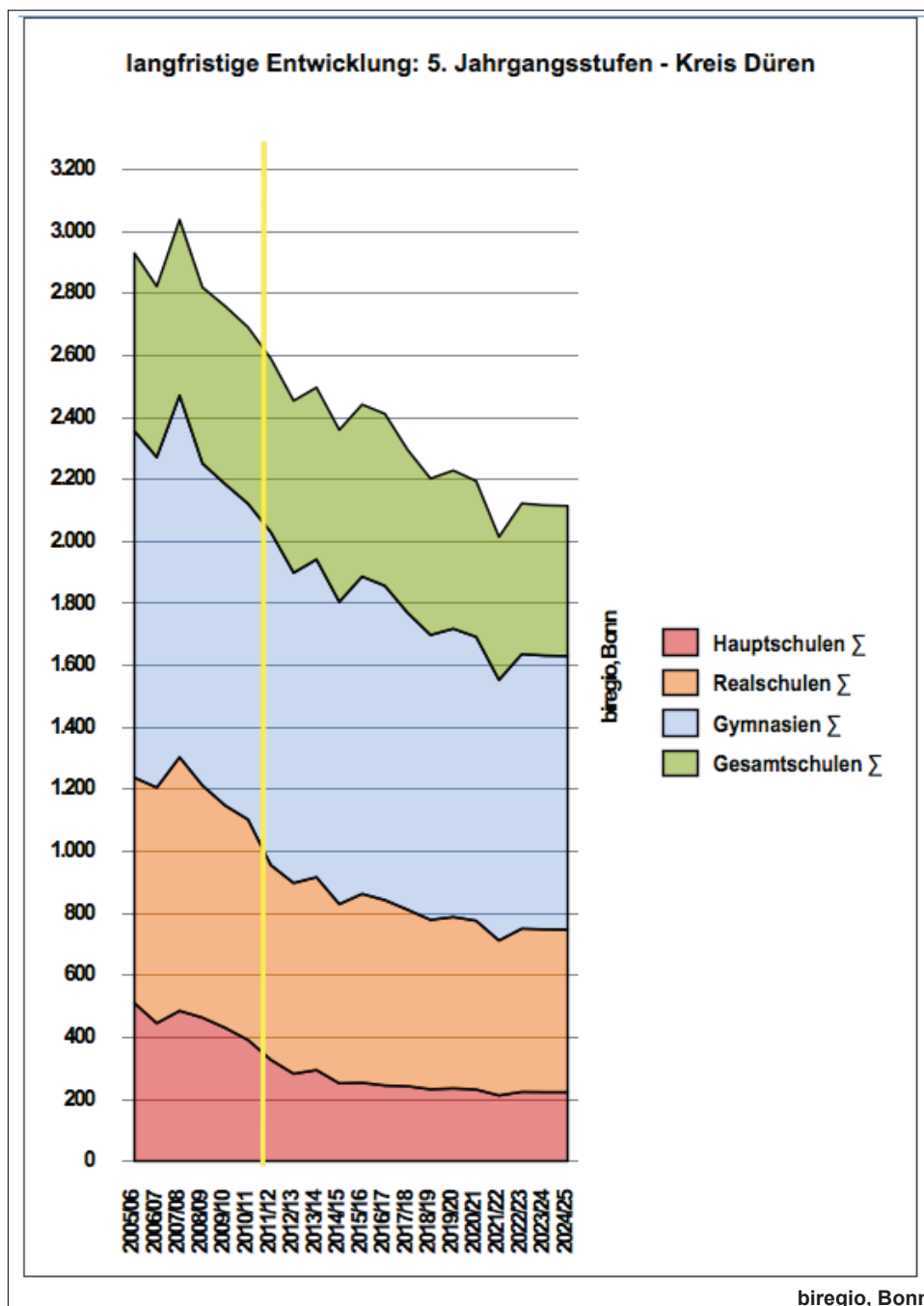


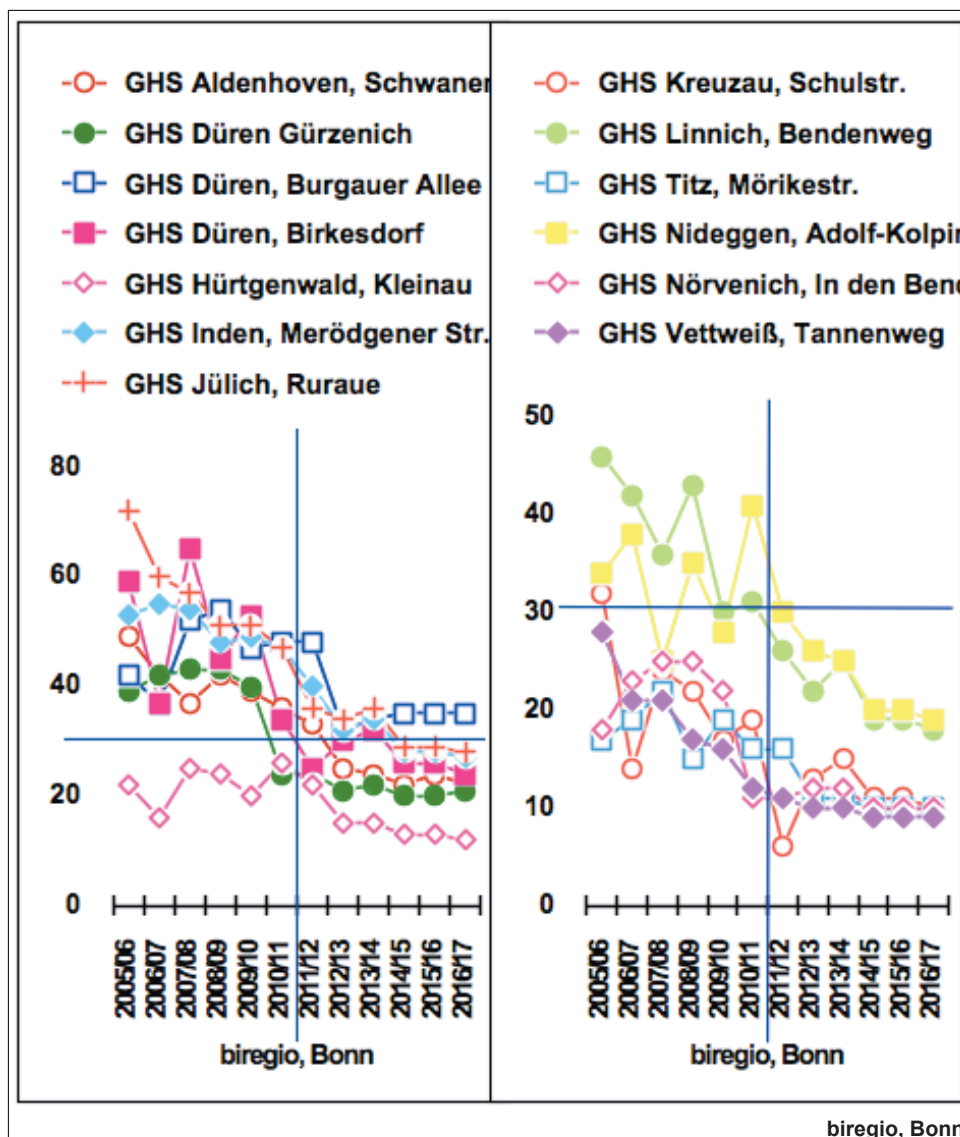
heute angespannte Raumsituation weiter bestehen. (vgl. dazu die Kapitel 3, 12 und 15)

Im Folgenden werden stets die Schülerzahlen der 5. Klassen in den letzten sechs und den kommenden sechs Jahren zusammengestellt (und speziell in dieser nächsten Graphik die Entwicklung bis Mitte des nächsten Jahrzehnts):

Schlusskapitel

Ergebnisse, Alternativen, Empfehlungen

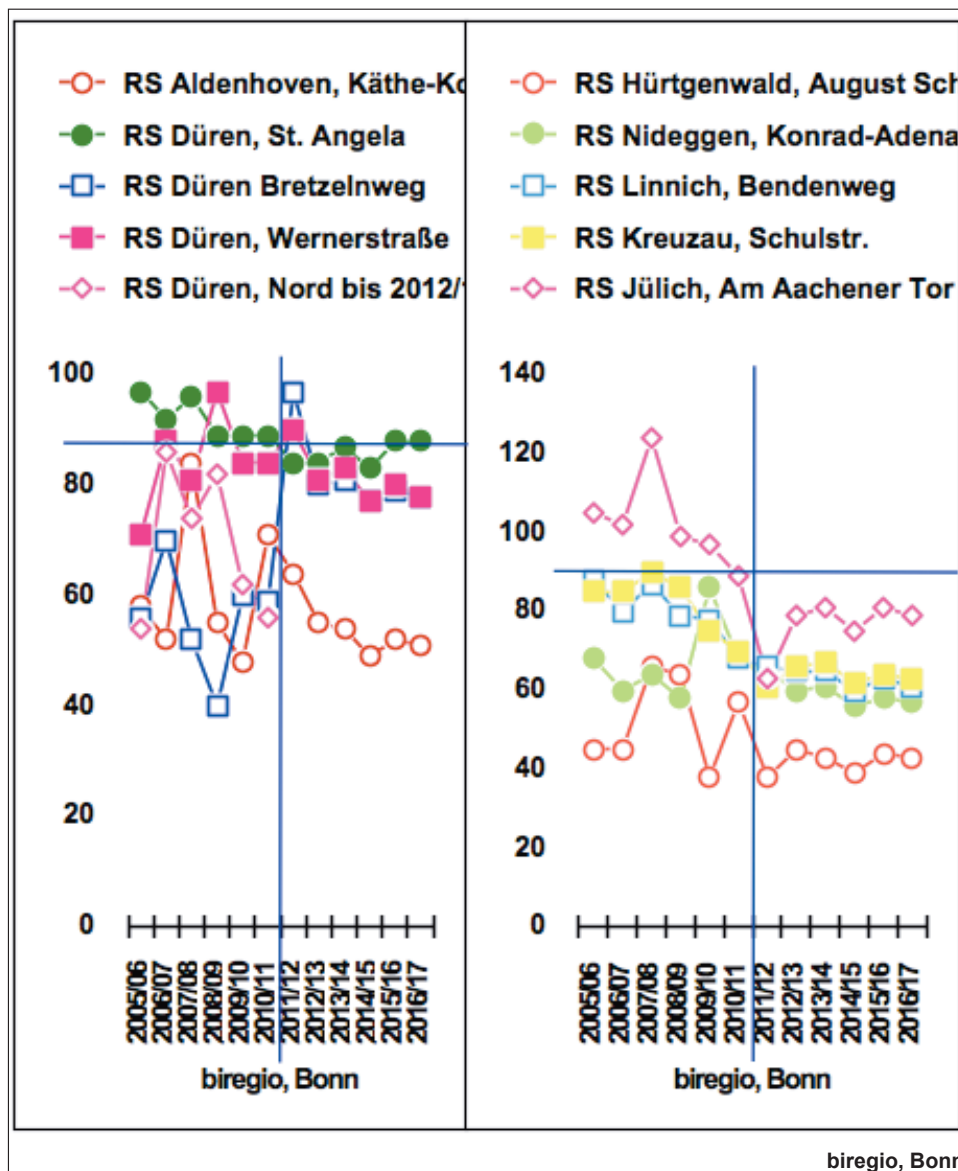




Schlusskapitel

Ergebnisse, Alternativen, Empfehlungen

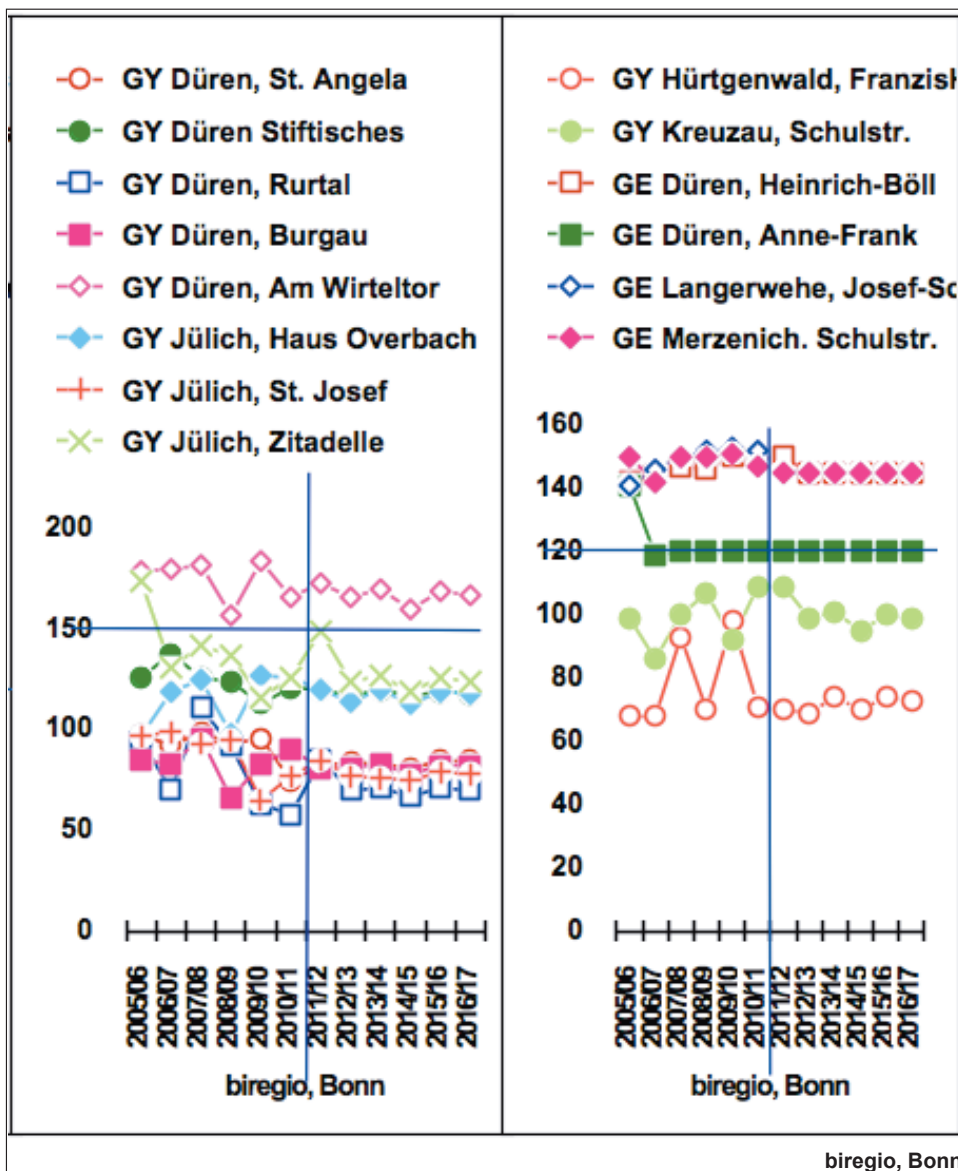




Schlusskapitel

Ergebnisse, Alternativen, Empfehlungen





Schlusskapitel
Ergebnisse, Alternativen, Empfehlungen

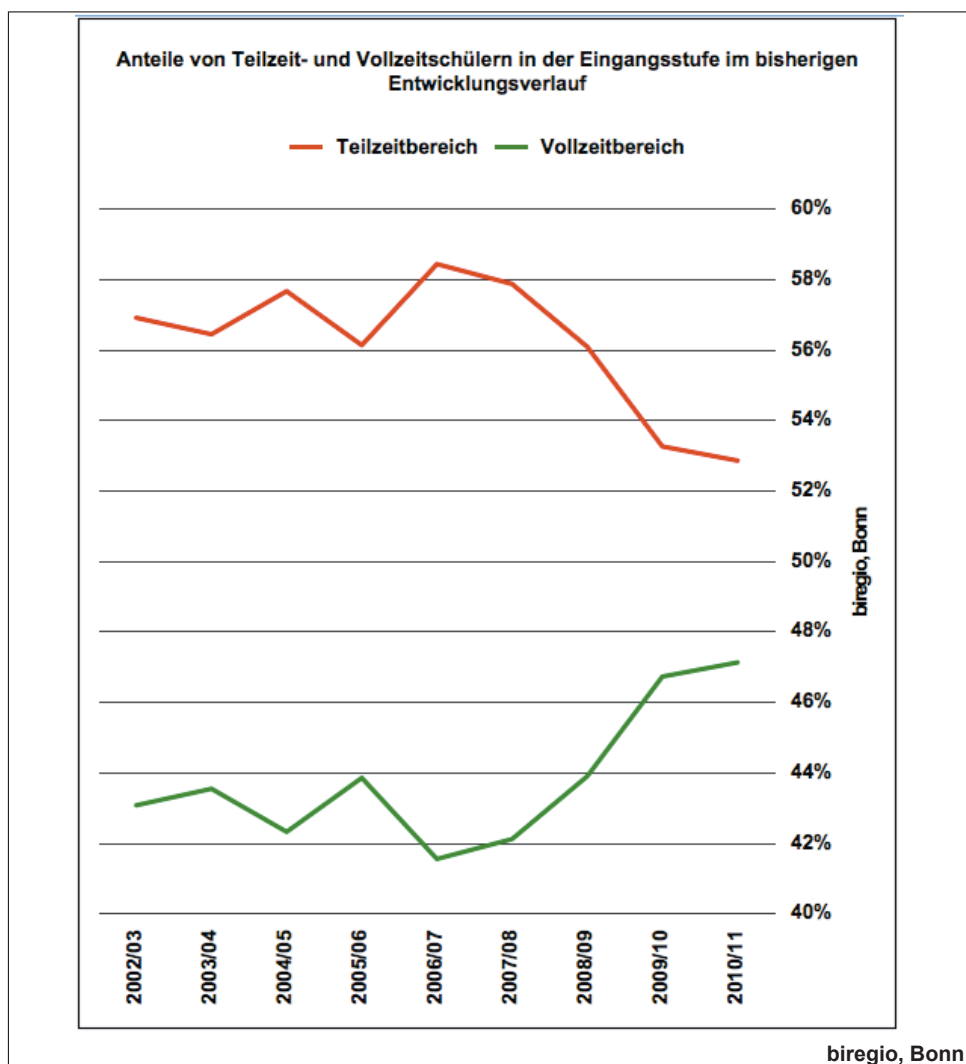
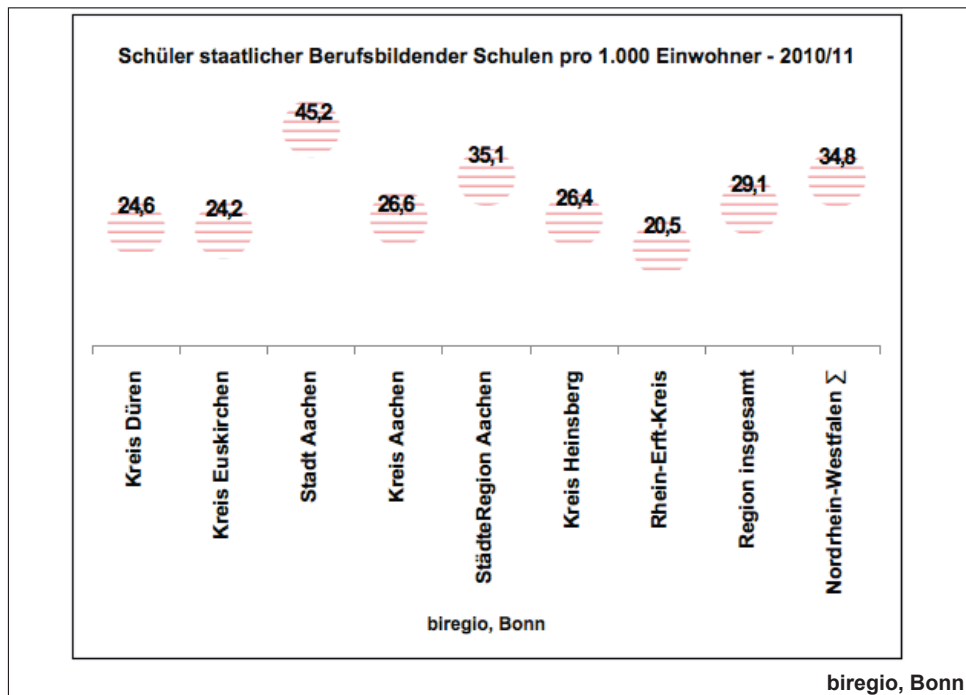
Entwicklung der Berufskollegs

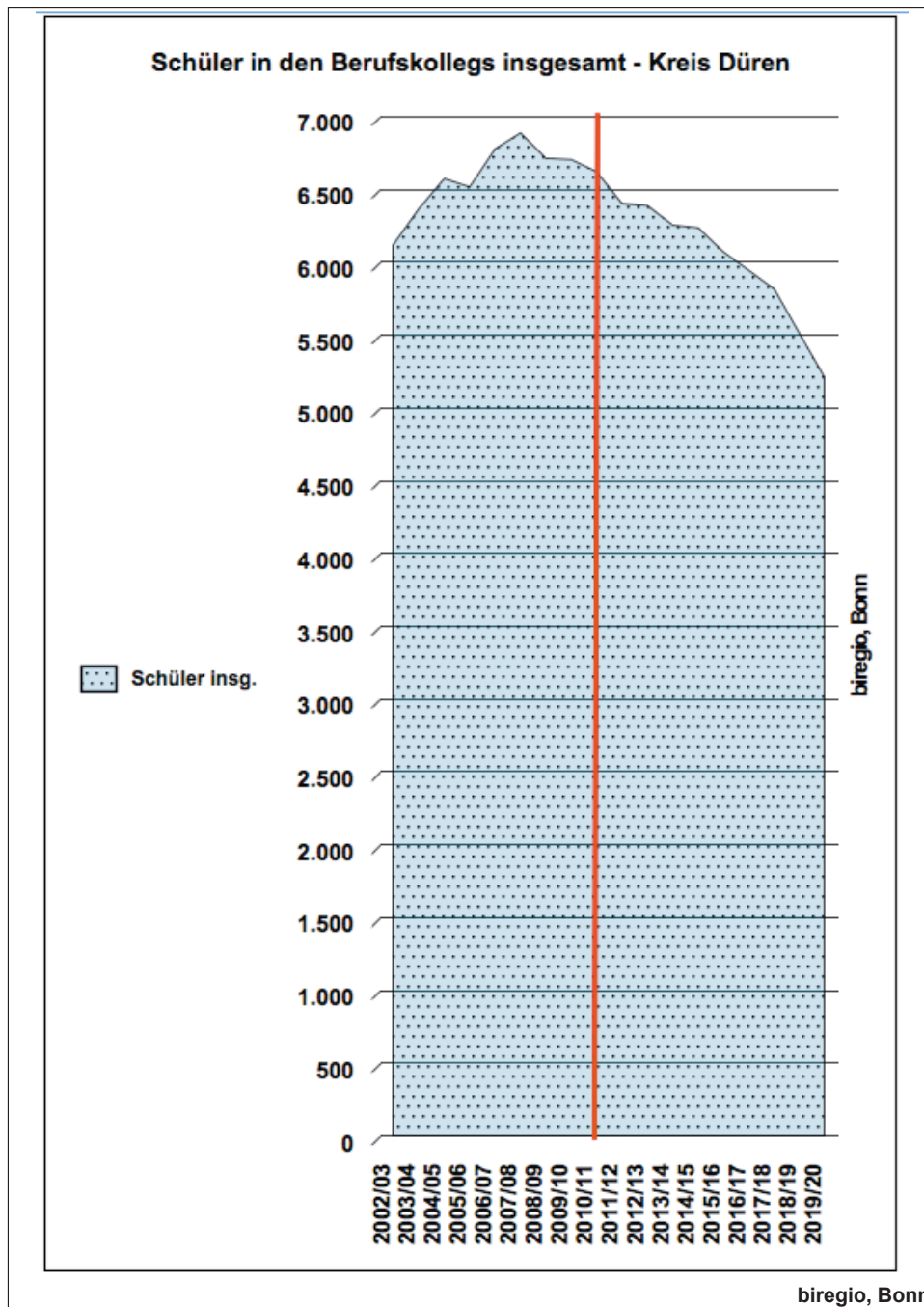
Die Berufskollegs im Kreis Düren werden durch die Angebote in der Nachbarschaft zu stark entlastet: Kommen im Land Nordrhein-Westfalen auf 1.000 Bürger im Schnitt 34,8 Schüler in den staatlichen Berufskollegs, sind es im Kreis Düren nur 24,6 - in der Stadt Aachen hingegen 45,2.

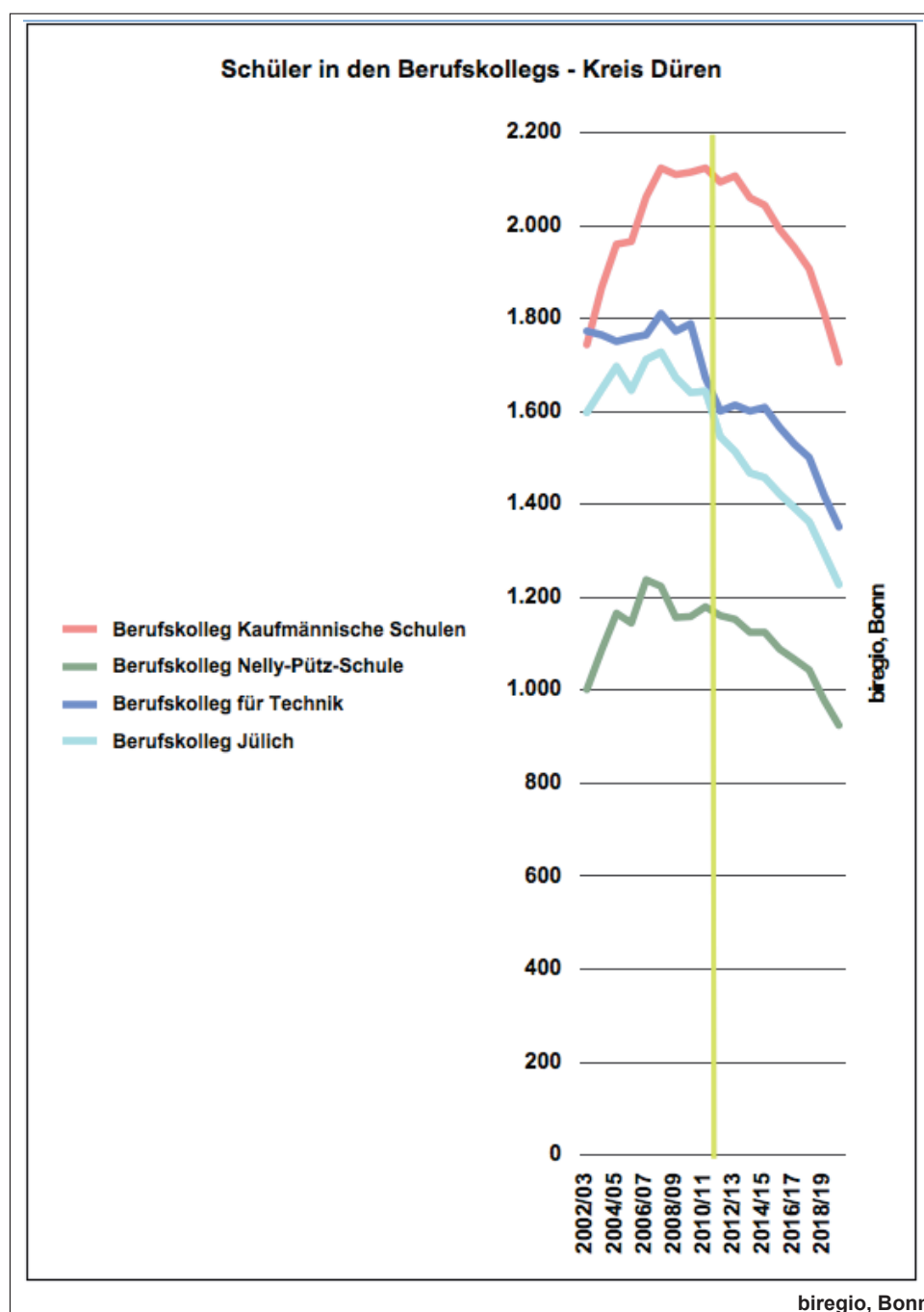
Der Anteil der im Vollzeitbereich der Berufskollegs unterrichteten Schüler nimmt aktuell erheblich zu - und damit der "Raumverbrauch" dieser Schulen.

Parallel sinken analog zur demographischen Entwicklung und der Konzentration vieler Angebote in zentralen Standorten die Schülerzahlen der drei Berufskollegs im Kreis Düren nachhaltig, was den Schulen wiederum Raumgewinne einträgt. Dennoch sollte das Bemühen darauf gelegt werden, im Zuge der demographischen Wende Angebote im Kreis Düren dauerhaft zu verankern und überregionale Angebote zu binden, "künftig marktfähiges" aufzugreifen und weiter zu entwickeln:









Förderschule, Integration/Inklusion und die Regelschulen

Die Förderschulen im Kreis Düren müssen in der Tendenz, dem Gedanken der Integration bzw. weitergehenden Inklusion folgend, in die Regelschulen hinein aufgelöst bzw. diesen angelagert werden. Dafür bedarf es eines konsequenten Aufeinander-Zu-Gehens der Förder- sowie der Regelschulen. Dafür müssen sich insbesondere die Regelschulen pädagogisch, inhaltlich und organisatorisch umfassend verändern. Mit dem Kerngedanken einer weitreichenden Integration und vor allem dem neuen Gedanken der Inklusion sind die räumlichen Überlegungen für die Förderschulen grundlegend neu zu fassen. Dies könnte in einem Arbeitskreis auf der Kreisebene vorbereitend geschehen - unter der Federführung der Politik.

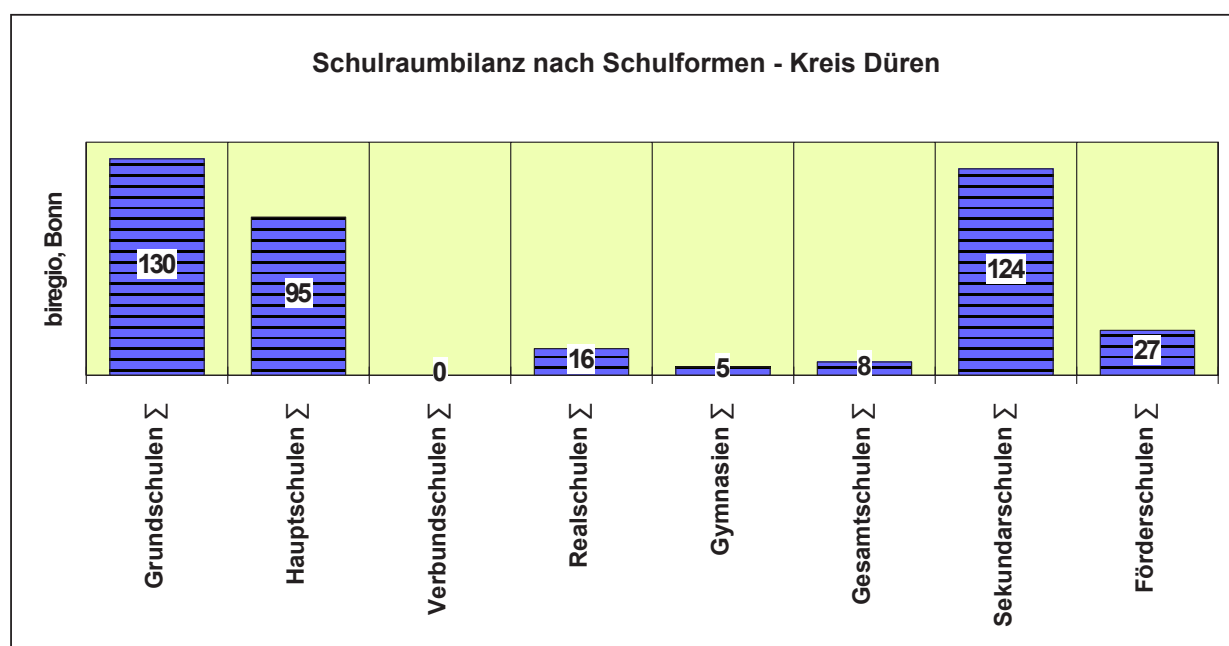


Raumbilanzen

Für die Schulen im Kreis Düren insgesamt gilt: "Alle Dächer für alle Schüler inklusive eines ambitionierten Ganztagesprogramms wären vorhanden". Die schulstrukturellen und die schulpolitischen Beschlüsse in den Räten einschließlich der Entscheidungsfindung in der Frage der Inklusion könnten und müssten angesichts der Lage öffentlicher Kassen daran gemessen werden, wie weit sie die Herausforderungen mit den Gegebenheiten verbinden. Für keine der Schulformen im Kreis Düren zeigt der Abgleich der Raumbestände mit dem Raumsoll (vgl. Kapitel 15) eine negative Raumbilanz:

Schulraumbilanzen°		Kreis Düren								Status quo		
zuk. Entwick. 10. Kl. usw.		Zahl der Räume (Klassen-/Fachräume)										
Züge	Züge	Zahl	Schule	Ist KR	Ist FR	Soll KR	Soll FR	+/- KR	+/- FR	GT	Abgleich	Bau
103,3		11	Grundschulen Σ	629	195	426	106	203	89	162	130	-22
16,2		2	Hauptschulen Σ	213	138	100	125	113	13	31	95	-2
			Verbundschulen Σ									
23,1		3	Realschulen Σ	196	96	142	103	54	-7	31	16	-25
35,3	41		Gymnasien Σ	375	195	299	219	76	-24	47	5	-25
19,5	11		Gesamtschulen Σ	202	76	149	98	53	-22	23	8	
94,1	52	5	Sekundarschulen Σ	986	505	690	545	296	-40	132	124	-52
11			Förderschulen Σ	226	76	164	89	62	-13	22	27	-17
60	42		BK Kaufmännische Schulen	66	17	66	12		5	5		
23	33		BK Nelly-Pütz-Schule	42	38	42	35		3	3		
75	10		BK Technik	40	39	40	35		4	4		
65	17		BK Jülich	43	34	43	30		4	4		
223	102		Berufskollegs Σ	191	128	191	112		16	16		
			alle Schulen Σ	2.032	904	1.471	852	561	52	332	281	-91
schulzentrische Lagen und Ganztags berücksichtigt!				° alle Schulen als Ganztagschulen geführt!								
fremdgenutzte Räume als Bestand gezählt				Räume und Flächen der BBS "gesetzt"								

biregio, Bonn



Ganztagsschulen

Die Schulen müssen sich für die nachrückenden Elterngenerationen wohl neu aufstellen und ihre Profilierung ändern. Die "klassische Halbtagschule" rückt - dies zeigt die für den Kreis Düren von biregio durchgeführte Elternbefragung mit einem auswertbaren Rücklauf von 80% (!; 2011) - für die absolute Mehrheit der Eltern aus dem Blickfeld. Für die Schulen ist damit ein neuer Aufbau, eine neue "Taktung" des Schultages verbunden. "Der Unterricht" kann damit nicht mehr nur morgens stattfinden, und am Nachmittag wird für einige Schüler, die noch bleiben wollen/müssen "etwas" angeboten. Der Wechsel zum Ganztage ist auch keine Frage, die sich allein an den Hauptschulen oder an den G-8-Gymnasien festmachen läßt.

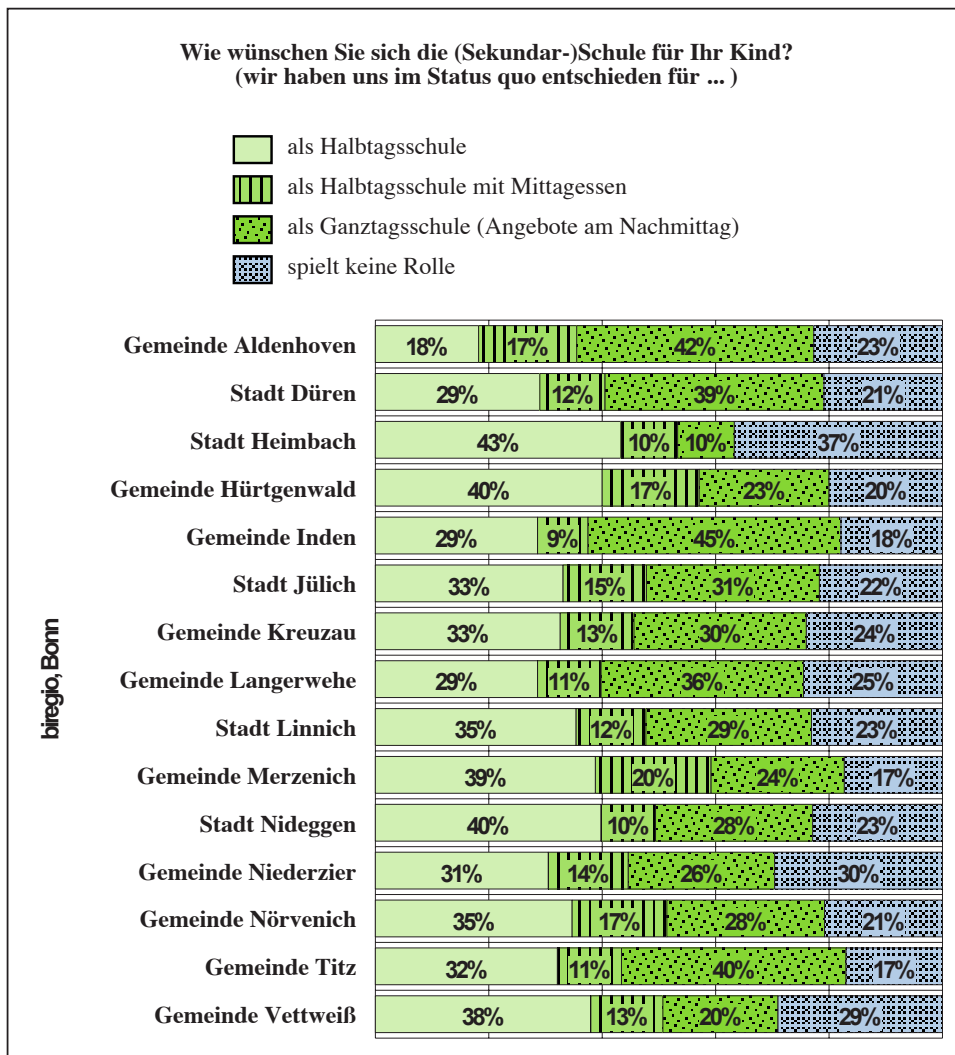
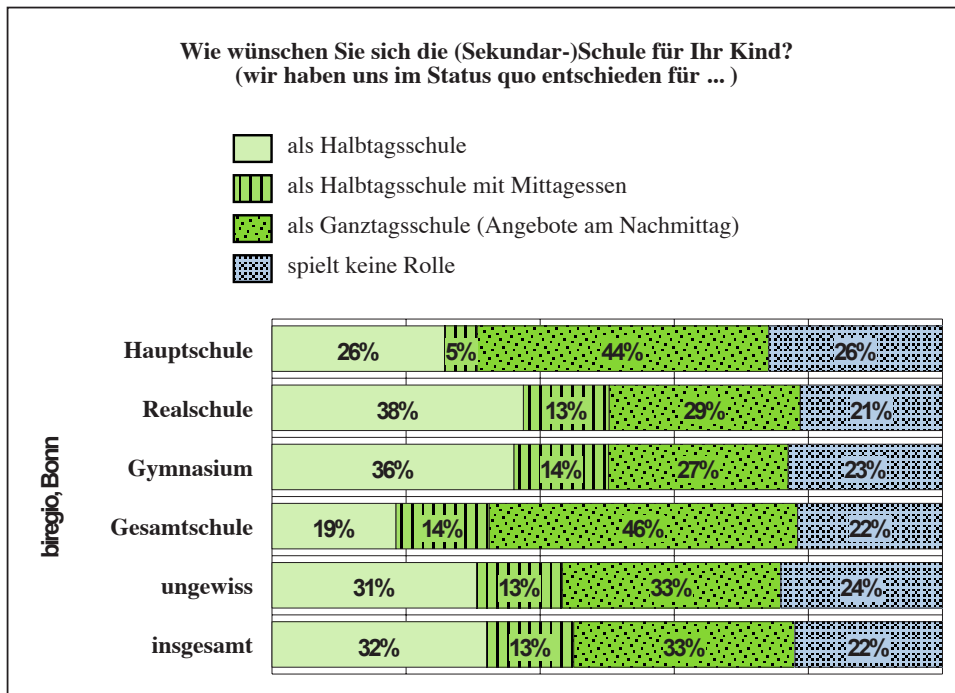
In der Hauptschule fordern nur noch 26% eine solche Halbtagschule, in der Realschule nur 38%, im Gymnasium 36%, in der Gesamtschule 19% und bei den mit Blick auf eine Schulform noch "ungewissen Eltern" 31%. "Gesamtschuleltern" sind keinesfalls selbstverständlich "Ganztageeltern". Immerhin 32% (Rundungseffekte!) von ihnen würden die Halbtagschule oder die mit einem Mittagessen der Ganztagschule vorziehen. Unter den Eltern insgesamt hat die Halbtagschule nur noch eine Nachfrage von 32%.

Regionale Unterschiede kennzeichnen die Anmeldung der Bedarfe an der Ganztagschule, wobei in keiner der Kommunen der Bedarf an einer "klassischen Halbtagschule" bei mehr als 35% liegt. Damit legen die Eltern im Kreis Düren ihren Schulträgern eine "Richtungsentscheidung" nahe:

Wünschen Sie die Schulzeit bis zum Mittag, eine Schule mit einem Mittagessen oder die Schule mit Mittagessen und Angeboten am Nachmittag?					Frage 7 / 14
wir haben uns entschieden für:	als Halb- tags- schule	als Halbtagschu- le mit Mittagessen	als Ganztags- schule (Angebote am Nachmittag)	spielt keine Rolle	
Hauptschule	26%	5%	44%	26%	100,0%
Realschule	38%	13%	29%	21%	100,0%
Gymnasium	36%	14%	27%	23%	100,0%
Gesamtschule	19%	14%	46%	22%	100,0%
ungewiss	31%	13%	33%	24%	100,0%
insgesamt	32%	13%	33%	22%	100,0%
Kommune ...					
Gemeinde Aldenhoven	18%	17%	42%	23%	100,0%
Stadt Düren	29%	12%	39%	21%	100,0%
Stadt Heimbach	43%	10%	10%	37%	100,0%
Gemeinde Hürtgen	40%	17%	23%	20%	100,0%
Gemeinde Inden	29%	9%	45%	18%	100,0%
Stadt Jülich	33%	15%	31%	22%	100,0%
Gemeinde Kreuzen	33%	13%	30%	24%	100,0%
Gemeinde Langer	29%	11%	36%	25%	100,0%
Stadt Linnich	35%	12%	29%	23%	100,0%
Gemeinde Merzenich	39%	20%	24%	17%	100,0%
Stadt Nideggen	40%	10%	28%	23%	100,0%
Gemeinde Nieder	31%	14%	26%	30%	100,0%
Gemeinde Nörvenich	35%	17%	28%	21%	100,0%
Gemeinde Titz	32%	11%	40%	17%	100,0%
Gemeinde Vettweiß	38%	13%	20%	29%	100,0%

biregio, Bonn





Zusammenfassende Bewertungen:

Der Schwerpunkt der Überlegungen sollte es angesichts der Entwicklung der Schülerzahlen künftig sein, den Ganzttag und die Inklusion angemessen zu bewältigen, die Bestände zu "veredeln" und keine neuen Gebäudehüllen zu schaffen, die das Geld binden, das dann fehlt, um die alten zu erhalten und neu auszustatten.

Die heute flächige Grundschullandschaft erscheint mancherorts nur durch die Bildung von jahrgangsübergreifenden Klassen oder aber die Bildung von Dependancen erhalten werden zu können. Diese schwierige und regionale Aspekte gewichtende Aufgabe der Entscheidungsfindung muß allerdings bei dem Schulentwicklungsplan für den Kreis Düren zwingend ausgespart werden. Hier sind die Schulträger vor Ort und keinesfalls der Kreis Düren gefragt bzw. gefordert. Der Kreis Düren kann lediglich die Daten und Prognosen zur Verfügung stellen.

In der Grundschullandschaft stellen sich grundsätzliche Herausforderungen mit den Fragen der Eigenständigkeit von Schulen, der Zahl der Schulen, des Erhaltes von Standorten/Doppelstandorten. Das "Netz" der Grundschulen sollte so eng wie möglich gehalten werden - um den Preis von Dependancen. Eine Alternative wäre ansonsten ggf. die Aufgabe von Standorten ...

Die Raumbilanzen - die alle Schulen als volle Ganztagschulen führen (!) - weisen aus, daß die Schulen im Kreis Düren im Primarbereich trotz der einen oder anderen räumlichen Beengtheit relativ gut "durchkommen".

Bei möglichen "Knappheiten" sollten die Schülerströme möglicherweise weit stärker als bisher gelenkt/verteilt werden, um alle Grundschulen zumindest in die umfassende Zweizügigkeit zu führen.

Dieser umfassende Schulentwicklungsplan für den Kreis Düren kann nur das Datenmaterial zusammenstellen und die erhobenen Grundschuldaten für die Prognose der weiteren Entwicklung der Sekundarschullandschaft heranziehen. Zu den Basisdaten ist folgendes zu betonen: verarbeitet worden sind u.a.:

1. Angaben des Statistischen Landesamtes (früher "LDS", heute "IT") für die bisherige Entwicklung der Schulen,
2. Meldedateien der Städte und Gemeinden zu den künftig zu erwartenden Einschulungen,
3. Angaben zu den zu berücksichtigenden Neubauentwicklungen durch die Verwaltungen der Städte und Gemeinden,
4. die Reinigungslisten der Städte und Gemeinden für ihre Schulgebäude (auf dieser Grundlage basieren die Raumbilanzen).

Dieser Schulentwicklungsplan, der eher ein Gutachten zur Schulentwicklungsplanung ist, basiert auf folgenden inhaltlichen Konstituenten:

- I.
Die Planung für die Grundschulen verbleibt vollkommen bei den örtlichen Schulträgern. Bei den Sekundarschulen werden für alle Schulträger künftige Entwicklungstendenzen beschrieben und Alternativen vorgeschlagen.



- II.
Die Frage einer sechsjährigen Grundschule stellt sich derzeit nicht aktiv und wird deshalb nicht in die Alternativüberlegungen aufgenommen. Würde sie zu einer zentralen pädagogisch-politischen Frage und würde sie gesetzlich verankert, hätte dies erhebliche Auswirkungen auf die Sekundarschulen.
- III.
Das Thema der Inklusion ist künftig ein zentrales. Wie es gelöst wird, bleibt noch offen. Der Planer geht davon aus, daß die Inklusion durch einen völlig frei werdenden Elternwillen rascher als vielleicht vermutet vorangetrieben wird - daß die Träger von den Entwicklungen getrieben werden könnten.
- IV.
Sicherlich werden die Primarbereiche der Förderschulen für Lernhilfe sowie die Sprachheilschulen mit den größten Affinitäten zu den Regelschulen zunächst (ganz gleich, ob aktiv oder passiv) in den Inklusionsprozeß eingebunden. Wie dabei aber die Räume der Förderschulen nicht leer stehen und in den Regelschulen größere Anbauten erzwungen werden, ist eine planerische Aufgabe vor Ort - jeweils abhängig von den örtlichen Bedingungen.
- V.
Raumbedarfe bei Berufskollegs werden permanent angezeigt. Der Kreis Düren hat 2005 mit *biregio* ein Gutachten erstellt, die Bedarfe geprüft und reagiert. Angesichts der demographisch leitenden Linien ist dieses Thema "abgearbeitet". Ansonsten wäre die Auslagerung von sinnvollen Verbänden in frei werdende Standorte (wie Förder- oder Hauptschulen) vorzuziehen.
- VI.
Die sich ggf. anbahnende Schulstrukturreform im Land Nordrhein-Westfalen wird in diesem Schulentwicklungsplan nicht mehr aufzunehmen sein. Die pädagogischen Pfeiler der Reformen wie im zweigliedrigen Modell der neuen Bundesländer, in der baden-württembergischen Werkrealschule und in den reformierten Lehrplänen Baden-Württembergs, in den hessischen Schul-Klassen und der Mittelstufenschule, im niedersächsischen Neustädter-Modell-Versuch und der rheinland-pfälzischen RealschulePlus mit der verbundenen Haupt- und Realschule sowie dem direkt der RealschulePlus aufgesetzten (und mit der Praxis verknüpften) Fachoberschule sollten jedoch als "Meineteckel" des Überganges in ein anderes Schulsystem verstanden werden.
- VI.
Sollten Sekundarschulen in Nordrhein-Westfalen flächig entstehen, so wäre dies mit dem Modell der Verbundschule eine "dritte Säule" neben den bis zum Abitur führenden "Langformschulen": den Gymnasien und Gesamtschulen. Damit müßte diese Verbundschule pädagogisch und inhaltlich attraktiv sein und könnte nicht nur auf ein "mehr oder weniger geordnetes Zusammenführen" von Haupt- und Realschule abgestellt sein.
- VII.
Sonst "erbt" diese Form einer Sekundarschule nicht den Ruf der Realschule, sondern das Schicksal der Hauptschule, die trotz aller ihrer guten und intensiven Arbeit von den nachrückenden Eltern für das eigene Kind nicht mehr in den Blick genommen wird.
- VIII.
Wenn also auf breiterer Ebene "Sekundarschulen" in Nordrhein-Westfalen entstehen sollten oder diese im gesamten Land die bisherigen Vorgänger: Haupt- und Realschule ablöste, dann müßten diese wirklich die Inhalte und



Spezifika der beiden Schulformen aufnehmen und den gymnasialen Zweig einbinden - wie im Modell der Gemeinschaftsschule.

IX.

Die Implementierung der rheinland-pfälzischen RealschulePlus im Jahr 2009 hat deutlich aufgezeigt, daß Hauptschulen nur in seltenen Ausnahmefällen den Eltern von Viertklässlern aufzeigen können/versprechen dürfen, daß sie für deren Kinder die bessere Realschule als die Realschule selbst werden können. Für Realschulen ist es einfacher, als RealschulePlus den "Rest" der Hauptschule aufzunehmen, als es einer Hauptschule fällt, den breiten Zweig einer Realschule aufzubauen, um eine RealschulePlus zu werden.

X.

Mit dem nahenden Wegbrechen eines Beins des dreigliedrigen Schulsystems - der Hauptschule - zerbricht das gesamte gegliederte System. Seine Koordinaten gehen verloren. Auf dem "kalten Weg" - ohne Absicht, ohne Programm, ohne Vorbereitung - muß die Realschule die Hauptschule inkludieren. Damit wird die Realschule eine andere und die Elternschaft, die dieser Schulform heute das Vertrauen schenkt, könnte sich perspektivisch in noch größerem Umfang in Richtung des Gymnasiums bewegen.

XI.

Mit der Option der Verbundschule bestünde zumindest die Möglichkeit, die Realschule mit einem Programm einer "Kooperativen Realschule" für diese Herausforderung zu ertüchtigen, auch wenn die Elternschaft "verhaltener" auf dieses Angebot reagieren könnte. Doch wäre bei einer Entscheidung für oder gegen eine Verbundschule das pädagogische Programm gegen eine Realschule mit "inkludierter Hauptschule" abzuwägen.

XII.

Die Elternbefragung in allen dritten Klassen im Kreis Düren im März 2011 mit einem auswertbaren Rücklauf von 80% (!) hat eindeutig ergeben, daß Eltern bei der Wahl zwischen einer Verbundschule und einer Gemeinschaftsschule klar Prioritäten setzen (diese sehr umfangreiche Befragung von *biregio* mit fast 100 Einzelfragen an die Eltern liegt dem Kreis Düren verschriftlicht vor):

XIII.

Nur 10% der Eltern im Kreis Düren wünschen sich für ihr eigenes Kind die Verbundschule: "ja", und 23% "ja, vielleicht" ("eher nicht" 24% und klar "Nein" 43%). Mit dem klaren "ja" votieren nur 38% der Hauptschuleltern, 14% der Realschuleltern, 14% der an einer Gesamtschule interessierten und 13% der noch nicht auf eine Sekundarschule festgelegten. Unter den gymnasialen Eltern sind es nur 3%. Somit findet die Verbundschule eine verhaltene und insgesamt gesehen geringe Nachfrage in der Elternschaft.

XIV.

Die Gemeinschaftsschule ist künftig das Kernthema der Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen - zumindest nach dem Votum der Grundschulleitern im Kreis Düren und nach dem aller Elterngruppen. Die Abschlussoffenheit der Schule bis zur 10. Klasse und der mögliche Aufsatz einer Sekundarstufe II - gegebenenfalls in Form einer "regionalen Oberstufe" für mehrere Schulen einer Region - rückt die Gemeinschaftsschule in das Zentrum der Diskussion.

XV.

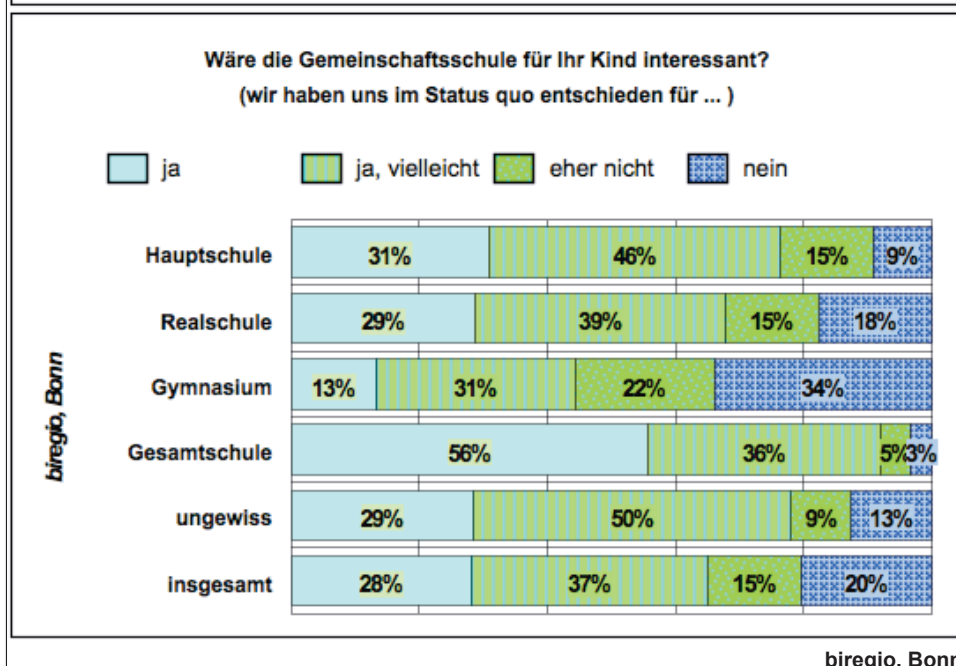
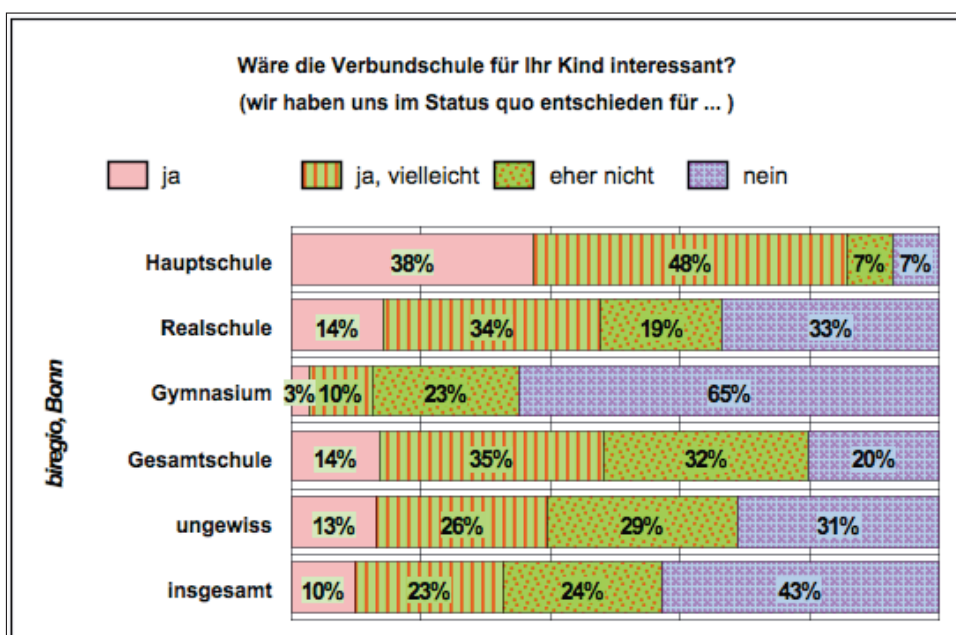
Mit Blick auf die künftig möglichen Sekundarschulangebote wünschen sich im Kreis Düren die Elterngruppen aller Schulformen für ihr eigenes Kind mit



einem Anteil von 28% die Gemeinschaftsschule ("ja"). 37% wünschen sich diese "ja, vielleicht". Für ein "eher nicht" entscheiden sich dagegen nur 15%, und für ein klares "Nein" zur Gemeinschaftsschule sprechen sich nur 20% aller Eltern aus.

XVI.

Die Gemeinschaftsschule ist in allen Elterngruppen gut plaziert. Mit klarem "ja" votieren 31% der Hauptschuleltern (77% "ja" und "ja vielleicht" Σ), 38% derjenigen, deren Kind im Status quo eine Realschule besuchen würde (68% Σ), 56% der an der Gesamtschule Interessierten (92% Σ), 29% der schulisch noch nicht festgelegten (79% Σ) und 13% der gymnasialen Eltern (44% Σ). Das Angebot Gemeinschaftsschule stützte sich also auf eine breite Nachfrage bei den Eltern im Kreis Düren (auch unter gymnasialen Eltern). Dies legt es den Schulträgern nahe, eine Richtungsentscheidung zu fällen:



Alternativen zum Status quo

Die nachfolgend ausgebreiteten Alternativen sind in vollem Umfang bisher nur Vorschläge aus der Feder des Gutachters. Sie sollten mit Bedacht und ausreichend Zeit im Rahmen einer öffentlichen Debatte auf ihre Brauch- und ihre "Machbarkeit" hin diskutiert werden. Von daher handelt es sich voll umfänglich nicht um "Setzungen", sondern um erste Anregungen. Sie gehen von folgenden Grundannahmen bzw. sorgfältigen Analysen und Auswertungen der vorliegenden Daten aus:

1. Im Prinzip sind die "notwendigen Schuldächer gebaut" - wenn es gelingt, die Schülerverteilung durch entsprechende Angebote und Setzungen klug zu steuern.
2. Die Übergangsquoten zu den Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen im Kreis Düren sind "asymmetrisch": vergrößernd formuliert wählten die Eltern im Kreis Düren hohe Abschlußwege im "Süden" und eher defensive im "Norden" (sowie zugleich in der Stadt Düren). Hier müßte eine Neuorientierung greifen: "Mehr Abiturwege im Norden" und zugleich klare Berücksichtigung der Absicherung der Angebote im Süden - unter der klaren Anerkennung der Tatsache, daß es dort für die bestehenden "Schulen neben dem Gymnasium" schwieriger ist, in den Focus des elterlichen Interesses zu gelangen.
3. Die Nachfrage nach der Schulform Gesamtschule im Kreis Düren übertrifft das Angebot bei weitem. Neue Standorte könnten prinzipiell in den Blick genommen werden. Diese würden gut arbeiten können, auch wenn die Gesamtschule deutlich mehr Anmeldungen braucht, als sie Plätze hat, um ihre Spektren nach erwarteter Leistung (bisherige Empfehlungen) erfolgreich zu definieren. Damit würden - vor dem demographischen Hintergrund nicht unwichtig - beispielsweise bei einer neuen Gesamtschule mit der Entlastung um nur je 1,33 Zügen Hauptschule, Realschule sowie Gymnasium zwei Konkurrenten der anderen Haupt- und Realschulen "aus der Konkurrenz" genommen und zugleich neue Abschlußwege geöffnet.
4. Zur Not könnten auch die Gesamtschulen, die mehr als vier Züge binden, einen Zug abbauen und damit den entstehenden Schulen in einer veränderten Schullandschaft Raum für die Entwicklung geben.
5. Ein neues Gymnasium "im Norden" könnte wohl nur schwerlich positioniert werden, weil die Stadt Jülich dieses Angebot "dreifach absichert" - und zwar mit verschiedenen Trägerschaften und Profilen. Zudem durchzieht mit den vier Gesamtschulen in Merzenich-Niederzier, in Düren und in Langerwehe faktisch ein "Riegel" mit einem "inkludierten Abitur" die Kreismitte. Mit den insgesamt vier Gesamtschulen lassen sich die Überganganteile in Richtung des Abitures nachhaltig verändern.
6. Mit den Optionen der Verbundschule und der Gemeinschaftsschule bietet sich allen Trägern die Möglichkeit, ihre Schulsysteme grundsätzlich zu überdenken und neu zu gestalten.
7. Die aktuelle Elternbefragung im Kreis Düren (vgl. oben) hat es den Trägern eindeutig nahe gelegt, sich für die Gemeinschaftsschule zu entscheiden. Die Verbundschule ist vor allem auch in den Augen der Eltern, die im Status quo eine Realschule anwählen würden, eine "Verschlechterung" der Realschule und ihrer Entwicklungspotentiale (vgl. die Befragungsergebnisse).



8. Neue Angebote sollten nicht auf der "grünen Wiese" entstehen, sondern in Standorten, die "schon gebaut" sind. Dabei handelt es sich um Haupt- und Realschulen, die weichen müßten.

9. Die Rolle der Gymnasien im Kreis Düren scheint künftig eine völlig andere als die der Haupt- und Realschulen zu sein: Sie werden auf den ersten Blick am wenigsten von den Vorschlägen des Gutachtens tangiert. Doch täuscht diese Annahme. Die 10 Gymnasien müssen sich darauf vorbereiten, immer größere Anteile eines Altersjahrganges aufzunehmen und zu führen und dabei durch kontrollierte Förderprozesse ihre Selektivität einzudämmen. Dabei ändern sie ihre Rolle, und verändern sie ihre Struktur.

10. Gefragt werden muß auch, ob alle Gymnasien dem demographischen Druck und dem Druck der Orientierung der Eltern nach "Profil und Ruf" stand halten können. Mit den rückläufigen Jahrgangsbreiten werden die gesamten Gymnasien keinesfalls "überlaufen" sein. In den letzten Jahren sind aus den Grundschulen kommend (vgl. oben) 200 Übergänge auf die Gymnasien weniger zu verzeichnen gewesen!

11. Der Anmeldedruck der Eltern mit ihren Kindern konzentriert sich immer stärker auf einzelne Gymnasien (oft auf die mit schon heute bestehenden Raumproblemen). Dabei könnten anderen die "Schüler" fehlen, die sie zum Erhalt ihrer Zügigkeit, ihrer Lehrerstellen und ihrer Profile brauchen.

12. Die Schulträger stehen dann vor der Entscheidung, dem Druck der Eltern nachzugeben (und somit Gymnasien mit Raumproblemen zu pflegen und die Aufgabe eines Gymnasiums vollziehen zu müssen) oder die "Verteilung" der Schüler noch stärker nach Kapazitäten vorzunehmen und damit die Gymnasien flächig auszulasten. Letzteres wäre wohl vorzuziehen.

13. Die nötigen Entscheidungen müssen auf einer "grenzüberschreitenden" Abstimmung beruhen und daher auf einer größtmöglichen (!) Einmütigkeit beruhen. Die bisher geführten Gespräche scheinen einer entsprechenden Ausrichtung nicht im Wege zu stehen.

14. Bildungspolitisch sollte es nur "Gewinner" geben. Doch gibt es Standorte vornehmlich mit Hauptschulen, die unter dem zeitgleich stattfindenden Druck der Demographie und der Schulformwahlentscheidungen der Eltern selbst mit neuen Angeboten nicht mehr zu halten sein werden.

15. Schulpolitische Ziele sind kreisweit zu definieren. Ideologische Aspekte sollten keine Rolle spielen. Es mag bei den Schulen bzw. den Standorten, die umgewandelt werden müssen (neben denen, die nicht zu erhalten sein werden), das Gefühl geben, zu den "Verlierern" zu gehören. Doch muß sich eine gegenüber der Zukunft verantwortliche Schulentwicklungsplanung mit der Chancengleichheit aller Kinder im Kreis Düren und der bedarfsgerechten Verteilung dieser Chancen im Kreis Düren befassen und muß für diese Aufgabe die Partikularinteressen den allgemeinen Zielen unterordnen.

16. Fusionen von Schulen, Dependancen von Schulen und der Ausgleich zwischen ihnen sowie die Umbauten im Bestand sollten zwingend teuren Neubauten vorgeordnet werden. Die Anpassung des Bestandes ist zugleich eine Sanierung und Aufwertung der Flächen. Neubauten konzentrieren eben die Mittel in neue Räume und entziehen den vorhandenen diese Finanzkraft.

17. Eine Schulentwicklungsplanung, die zwingend die Zukunft im Blick haben sollte, bedarf dringend des Blickes auf die Demographie. Hier sind derart



große Veränderungen mit größter Sicherheit und unabwendbar zu erwarten, daß sich entscheidende, einschneidende Überlegungen nicht mehr abweisen lassen.

18. Es bedarf einer Neuorientierung im Kreis Düren, ein grundsätzliches "auf den Prüfstand" stellen. Daß der Kreis Düren und seine Kommunen in ihrer Gesamtheit nach dem vorgelegten, erfolgreichen, einmütig verabschiedeten Schulentwicklungsplan im Kreis Heinsberg diesen Prozeß aufgreifen, ist aufgrund der Notwendigkeit der Sicht über den "eigenen Gartenzaun hinweg" unabdingbar.

19. Wenn schulische Arrondierungen vorgeschlagen werden/vorgeschlagen werden müssen, so geschieht dies mit Blick auf die künftigen Schülerzahlen und die dann notwendige und mögliche Zahl und Aufstellung der Schulen. Die Träger der Schulen können jedoch auch die Prozesse abwarten und dann in "quälenden" und den Kindern und ihrer Bildung nicht zuträglichen Prozessen mit der Schließung von Grundschulen, von schrittweisen der Hauptschulen und Realschulen oder zunehmenden Anträgen der Eltern auf die inklusive Beschulung reagieren.

20. Bei der Inklusion müßten sie zum Beispiel von dem einen Antrag zu dem nächsten immer mehr inklusive Plätze in Regelschulen schaffen und die Regelschulen müßten ohne Vorbereitung sofort reagieren, "wenn die Kinder angemeldet" werden.

21. Dann vollzöge die Politik im Kreis Düren die für Schulen verunsichernden und negativen Einschnitte erst dann, "wenn es nicht mehr anders geht". In den nachfolgenden Vorschlägen wird hier also in einer Art "Zeitraffer" die kurz- oder gar mittelfristige Möglichkeit, einzelne Hauptschulen noch unter für die Schüler und ihre Ausbildung tragbaren Bedingungen zu erhalten, ausgeklammert. Die Vorschläge erfolgen mit dem Blick auf die Situation in fünf und mehr Jahren. Damit sind sie "präventiv".

22. Alle diese Vorschläge, die frühestens zum Schuljahr 2012/13 zum Zuge kommen könnten, beziehen sich auf ein "aufbauendes" Modell: das heißt konkret, daß schließende Schulen sukzessive auslaufen und aufbauende sukzessive entstehen. Damit ist die Standortgarantie an einer Schule für die bis zum Schuljahr 2011/12 aufgenommenen Schüler verbunden. Doch könnten auslaufende Schulen in einigen Jahren, wenn sie nur noch drei oder zwei Jahrgangsstufen mit zwei oder drei Klassen bildeten, aufgrund der mangelnden Lehrerversorgung im Interesse der Schüler rascher mit anderen Schulen zusammengeführt werden.

23. Grundsätzlich wird empfohlen, alle notwendigen Entscheidungen für die Schulen im Kreis Düren nicht für einzelne Standorte zu treffen - weder bei den Grund- noch bei den Sekundar- sowie bei den Förderschulen. Aus Sicht der Pädagogik und "Machbarkeit" (Tragfähigkeit) und auch ein wenig aufgrund der ökonomischen Darstellbarkeit wäre es anzuraten, ein für alle Schulen und Standorte einsehbares, "faires" und für alle zur gleichen Zeit beschlossenes "Paket" zu schnüren.

24. Die immensen Veränderungen in den Schulen (Abkehr der Eltern und ihrer Kinder von der Hauptschule, das Entstehen einer abschlussindifferent aufgestellten Realschule mit vielen "potentiellen Hauptschulkindern" und der bundes- und landesweit steigende Druck auf die Gymnasien) treffen zur gleichen Zeit wie die demographischen Einbrüche auf die Schulen und auf die Entscheidungsträger ein.



25. Isolierte Lösungen nur auf einzelne Gemeinden oder aber in der Stadt Düren nur auf einzelne Standorte bezogen entfachen neue Konkurrenzen zwischen den Hauptschulen, Realschulen und neuen Gemeinschaftsschulen. Angesichts der Demographie sind die Verwerfungen für die Schulen und die Träger in der Regel äußerst schädlich. Schon im Status quo der Entwicklung sind zahlreiche Probleme absehbar:

26. Gleiches gilt mit dem Blick auf die Konkurrenzen für die Gesamtschulen. Bestünde mit der Gemeinschaftsschule {und dem vorgeschlagenen Weg (dazu vgl. unten)} ein Weg, die Grundidee längeren gemeinsamen Lernens kreisweit zu verankern, wäre das aus planerischer Sicht etwa einer isolierten neuen Gesamtschule vorzuziehen.

27. Die Konsequenz einer neuen Gesamtschule wären scharfe Konkurrenzen um den Bestand zwischen den an verschiedenen Standorten arbeitenden und jeweils mit gänzlich anderen Optionen ausgerüsteten Hauptschulen, Realschulen, neuen Gemeinschaftsschule und der neuen Gesamtschule. Wenn die Gemeinschaftsschule eine Form von "Brücke" zwischen dem gegliederten Schulwesen und der Form einer Gesamtschule sein könnte, wäre aus der Sicht des Planers Folgendes auszuführen: Der Wert einer neuen Gesamtschule per se sollte dem Wert einer kreisweit transformierten Schullandschaft nicht übergeordnet werden. Die Demographie in aller ihrer Schärfe sollte klug und "flächig" beantwortet werden. Dies muß mit größter Klugheit und unter Ausgrenzung von Verwerfungsgefahren geschehen.

28. Für die Schulträger im Kreis Düren stellt sich bei allen Hauptschulen, bei den meisten Realschulen und gegebenenfalls bei ein oder zwei Gymnasien die Frage, ob sie langfristig gesichert sind.

29. Alle Hauptschulen und die Realschulen sollten so rasch als möglich zu Gemeinschaftsschulen fusionieren. Ansonsten ergibt sich aufgrund der faktischen Entscheidung der Eltern weg von der Hauptschule eine Realschule mit einer gewissermaßen „inkludierten“ Hauptschule - ohne jegliches pädagogisches Programm und ohne die Option auf eine äußere Differenzierung. Und diese Realschulen hätten Probleme, wenn es in der relativen, noch gut erreichbaren Nachbarschaft daneben noch die "reinen Realschulen" gäbe.

30. Diese Gemeinschaftsschulen in einer jeden Region brauchen zwingend eine gemeinsame Oberstufe in einem zentralen Standort. Entstände in dem Schulzentrum Jülich aus der Hauptschule und der Realschule eine neue Gemeinschaftsschule, könnte hier eine Schule mit einer Oberstufe für den gesamten nördlichen Kreis Düren entstehen. Mit den Gesamtschulen in Düren, Langerwehe und Merzenich-Niederzier sind die mittleren Kreisregionen mit solchen Optionen versorgt. Im Süden böte sich der Standort Kreuzau zentral an. Dann sollte das Gymnasium Kreuzau mit den Gemeinschaftsschulen zwingend ein faires Kooperationsabkommen schließen.

31. Ließe sich jedoch im Süden der Stadt Düren - aufgrund des skizzierten Konkurrenzdruckes bei den Gymnasien - ein Gymnasium nicht halten, sollte dieser Standort in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt werden und die Oberstufe für alle Gemeinschaftsschulen im Südkreis bilden.

32. Vorgeschlagen werden für den Kreis Düren, aus den oben angeführten Gründen, der Streckenlänge und den regionalen Wegebeziehungen für die Schüler in den Städten und Gemeinden zwingend, die Einführung flächendeckend vorgehaltener Gemeinschaftsschulen:



32.1

eine Gemeinschaftsschule Aldenhoven bis zur 10. Klasse (unter einer vor Ort angedachten Veränderung der Schulstandorte) mit der Abdeckung aller pädagogisch notwendigen Schritte (mit einem Selbstlernzentrum, einer prinzipiell "freien" Klasse für jeden Jahrgang für Differenzierungsmaßnahmen, mit den notwendigen Lehrerarbeitsplätzen, mit Freizeitbereichen für Schüler usw.), mit Ganztagsoptionen und der Entwicklung der Inklusion

32.2

eine (!) Gemeinschaftsschule in Linnich und in Titz bis zur 10. Klasse mit der Abdeckung aller pädagogisch notwendigen Schritte (mit Selbstlernzentrum, einer "freien" Klasse für jeden Jahrgang für Differenzierungsmaßnahmen, mit Lehrerarbeitsplätzen, Freizeitbereichen für Schüler usw.), Ganztagsoptionen und dem "Einbau" der Inklusion; am Standort Titz sollte versucht werden, Schüler aus der Gemeinde im Jahrgang 5 und 6 vor Ort zu versorgen, bevor sie in die Klasse 7 wechseln; damit entstünde ein Doppelstandort

32.3

eine Gemeinschaftsschule Jülich, Standort Schulzentrum, mit der Abdeckung aller pädagogisch notwendigen Schritte (Selbstlernzentrum, "freie" Klasse pro Jahrgang für die Differenzierung, Lehrerarbeitsplätze, Freizeitbereiche für die Schüler usw.), Ganztagsoptionen und der Einplanung der Inklusion sowie einer gemeinsamen Oberstufe für den nördlichen Teil des Kreises

32.4

eine Gemeinschaftsschule Inden als Dependance der Gesamtschule in Langerwehe mit der Abdeckung aller pädagogisch notwendigen Schritte (mit einem Selbstlernzentrum, mit einer freien" Klasse für jeden Jahrgang für die Differenzierungsmaßnahmen, mit Lehrerarbeitsplätzen, Freizeitbereichen für Schüler usw.), Ganztagsoptionen und dem Einbezug der Inklusion

32.5

eine Aufgabe des Schulstandortes Nörvenich: die sinkende Schülerzahl und die Vielfältigkeit des umgebenden Angebotes läßt bedauerlicher Weise nicht mehr einen eigenen Sekundarschulstandort zu

32.6.1

zwei bis drei Gemeinschaftsschulen Düren mit zwei zentralen Oberstufen an den Gesamtschulen mit der Abdeckung aller pädagogisch notwendigen Schritte (mit Selbstlernzentrum, "freien" Klasse für jeden Jahrgang für die Differenzierung, Lehrerarbeitsplätzen, Freizeitbereichen für Schüler usw.), mit der Absicherung des Ganztags und der Einplanung der Inklusion

32.6.2

Standort der zwei bzw. drei Gemeinschaftsschulen wären (vgl. hierzu auch die Raumbilanzen) die heutigen staatlichen Realschulen mit einem großen Raumreservoir (ggf. - abhängig von den neu strukturierenden Überlegungen des Trägers in Verbindung mit einer auslaufenden benachbarten Grund-, Haupt- oder Förderschule) und die sich am besten räumlich und pädagogisch eignende Hauptschule

32.6.3

2010/11 haben die drei Hauptschulen in der Stadt Düren insgesamt nur noch 106 Schüler in den 5. Klassen gebunden; in ein paar Jahren wären es höchstens noch drei Klassen sein; so wären die drei Gemeinschaftsschulen gewissermaßen "drei Realschulen mit einem Hauptschulzug"



32.7

Gründung einer gemeinsamen Gemeinschaftsschule als Mehrfachstandort im Südkreis mit dem Schwerpunkt Kreuzau oder jedoch die von zwei neuen Gemeinschaftsschulen als Doppelstandort im Südkreis mit der Abdeckung aller pädagogisch notwendigen Erfordernisse (d.h. mit Selbstlernzentrum, mit einer "freien" Klasse pro Jahrgang für Differenzierungsmaßnahmen, mit Lehrerarbeitsplätzen, mit Freizeitbereichen für die Schüler usw.), Ganztagsoptionen und der Einplanung der Inklusion

32.8

Doppelstandorte wären denkbar als "schichtiges Modell" (z.B. Jahrgang 5 bis 7 an dem einen Standort und Klasse 8 bis 10 am anderen) oder als eines der wohnortnahen Orientierungsstufe (z.B. wohnortnahe 5. und 6. Klassen und zentrale Versorgung ab der 7. Klasse an einem zentralen Standort); letzteres wäre möglicherweise vorzuziehen, weil es Eltern größere Sicherheit verleiht und am zentralen Standort die Differenzierungsoptionen sichert und dem Träger/den Trägern klare Raumprofile vorgibt

32.9

dabei kämen die zwei Kommunen Hürtgenwald und Kreuzau wegen der pädagogischen Absicherung der Arbeit in kleineren Gemeinschaftsschulen für einen Doppelstandort in Frage und die beiden Kommunen Heimbach und Nideggen; ob ein dreifacher Standort unter Einbezug von Vettweiß nach Hürtgenwald und Kreuzau oder unter Einbezug von Vettweiß nach Heimbach und Nideggen realisierbar ist, wäre zu prüfen

32.10

alternativ zu einer flächigen Lösung "implodierte" der gesamte Südkreis nach Düren und Kreuzau oder er "explodierte" aus der Sicht von Vettweiß nach Düren, Kreuzau und Zülpich

32.11

die Lösungsfindung für den Südkreis, der zudem noch sehr stark gymnasial ausgerichtet ist, hat sich als die schwierigste Aufgabe herausgestellt

32.12

mit rund 30 Geburten in Heimbach und rund 70 in Nideggen stünden hier für die Bildung einer dreizügigen Gemeinschaftsschule höchstens unter dem von den Gemeinden ja nicht im Ansatz "garantierbaren" Einbezug von Vettweiß mit rund 75 Geburten ausreichend Kinder zur Verfügung

32.13

mit rund 60 Geburten in Hürtgenwald und rund 130 in Kreuzau (ohne Einbezug der rund 70 Geburten in Vettweiß) stünden hier für die Bildung einer (!) dreizügigen Gemeinschaftsschule ausreichend Kinder zur Verfügung

32.14

addiert man die rund 30 Geburten in Heimbach, die rund 70 in Nideggen, die rund 70 in Vettweiß, die rund 60 in Hürtgenwald und die rund 130 in Kreuzau ergeben sich langfristig abgesichert 360 Übergänge in die Sekundarschulen; selbst wenn 50% dieser Kinder ein Gymnasium besuchen würden, stünden mit 180 verbleibenden Schülern ausreichend Schüler für die Gründung von zwei Standorten zu Verfügung

32.15

ließe man das "freie Spiel der Kräfte" zu, würde der Standort Kreuzau diesem Druck wohl kaum gewachsen sein und in die südlichsten Kreisteile wären (mit



Ausnahme des privaten Gymnasiums in Hürtgenwald) jeder Sekundarschule fern; das zwänge alle Kinder ab dem 10. Lebensjahr zu langen Bustransferen und schwächte die überörtliche Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen

32.16

daher ist bei aller Klarheit des Lösungsansatzes: gleiche Chancen, gleiche Schulformen sowie kluge regionale Verteilungen, die Herausforderung im Südkreis am größten; hier ist jeder Fehler bei der Neuaufstellung irreparabel

32.17

gemeinsam mit der Schulaufsicht wäre hier die Gemeinschaftsschule auf ihre "Machbarkeit im ländlichen Raum" hin zu prüfen - einem ländlichen Raum, der aufgrund extrem weiter Fahrtwege und einer Zerklüftung" keine zentralen Lösungen tragen kann

32.18

der Gutachter kann bei den Lösungen nur beratend zur Seite stehen; es mag sein, daß eine Gemeinschaftsschule Kreuzau in der Jahrgangsstufe 5 und 6 für Kreuzau und in der Klasse 7 bis 10 für die ganze Region der Kompromiß wäre, ein mit den Töchtern verbundenes Mutterhaus, dessen Mehrzahl der 5. und 6. Klassen in Nideggen, Heimbach, Hürtgenwald und gegebenenfalls auch Vettweiß positioniert wären; dabei wäre strukturell die Profilierung ab der Klasse 6 nur für einen Teil der Schüler in den Dependancen zu lösen

32.19

der Südkreis wird die vor allem für ihn selbst entscheidende "Baustelle" sein, die nach der Vorlage des Gutachtens mit den Trägern und der Schulaufsicht einer Lösung zugeführt werden muß!

33. Der Kreis kann in diesen komplexen Prozessen allenfalls moderierend helfen. Entscheiden müssen die Träger vor Ort, welches Modell "machbar", langfristig tragfähig ist und welchen Preis sie für die Chancen der Region für ihren eigenen Standort zu zahlen bereit sind; damit besteht eine gewisse "Einigungspflicht"; eine Reihe von konkurrierenden Anträgen wären von der Schulaufsicht und vom Land zu prüfen; diese neigen möglicherweise dann zu sicheren, kompakten und zentralen "Gesamtlösungen"

34. Vorgeschlagen wird in diesen Zusammenhängen generell die sukzessive Auflösung der Schule für Sprachhilfe in die Grundschulen hinein (vielleicht übergangsweise mit Schwerpunkt-Grundschulen in den Regionen im Kreis) und die für Lernbehinderung im Primarbereich. Die Inklusion dieser Schulen in die Primarschulen wird sicher leichter zu lösen sein als die im Bereich der Sekundarschulen. Daher sollten als Gemeinschaftsschulen (neben der Arbeit in den Gymnasien und in den Gesamtschulen) alle einen "inkluisiven Zweig" anlagern und für die direkte Kooperation "Förderköpfe" der Förderlehrer angliedern. Somit wären die Schüler und Lehrer der "Regelschule neuen Typs" direkt mit denen der "ehemaligen Förderschulen" verbunden; anders ist die Inklusion - so die Position des Planers - nicht vernünftig durchführbar

35. Die nicht mehr für die Förderschulstandorte einzusetzenden Mittel sollten in die gebäudliche Vorbereitung der Regelschulen auf die Inklusion und auf ihre unabwendbaren Anforderungen eingesetzt werden.

36. Auch in dieser Hinsicht werden die unaufschiebbaren Diskussionen, die mit diesem Gutachten verbunden sein werden, parallel zu der sich bereits in vollem Gang befindenden Schulstrukturreform in Deutschland verlaufen.



37. Die einzig offene Frage wird die sein, wie lange Nordrhein-Westfalen brauchen wird, um sich an der Schulstrukturdiskussion aktiv, formgebend und auch strukturell Substantielles leistend zu beteiligen. Mit jedem Jahr, das verstreicht, werden die peripher gelegenen (zunächst nur die Hauptschul- und dann auch die Realschul-)Standorte bedroht bzw. gefährdet sein und die Schülerzahlen in den überlasteten Zentren implodieren.

38. Es erscheint aus der gutachterlichen Sicht heraus nicht mehr fraglich, ob kurz- und mittelfristig angesichts der immensen demographischen Herausforderungen in den schulzentrischen Lagen und nicht nur in diesen auf Verbünde von verschiedenen Schulformen verzichtet werden kann, um die Versorgung mit Fachlehrern abzusichern.

39. Außerdem müßte daran gedacht werden, die Kooperation aller Schulen unter Einfluß der Gesamtschulen und Gymnasien zu verstärken. Innerhalb der heutigen schulischen Konstellationen und vor allem mit dem Blick auf künftige Optionen könnten Dependancen dem zum Teil gravierenden räumlichen Mangel an einigen zentralen Standorten vorgezogen werden.

40. Schulträger könnten sonst die Zwickmühle geraten, überhaupt noch freie finanzielle Ressourcen in Neubauten fließen zu lassen und für Anpassungen des Bestandes an die sich vehement ändernden pädagogischen und sozialen Erfordernisse sowie die nötigen Sanierungen keine Mittel übrig zu haben.

Die Einwohnerzahlen der Kommunen und die planerisch vorgeschlagenen Gemeinschaftsschulen werden hier nebeneinander gestellt. Es wird deutlich, daß die angedachten Schulen mit der Bevölkerungs- und damit auch mit der Kinderzahl korrespondieren/korrespondieren müssen:

Aldenhoven	14.000	1 Gemeinschaftsschule
Linnich	13.600	1 Gemeinschaftsschule
Titz	8.300	
insgesamt	21.900	
Jülich	33.100	1 Gemeinschaftsschule
Langerwehe	14.100	
Inden	6.900	neben Gesamtschule
insgesamt	21.000	1 Gemeinschaftsschule
Merzenich	9.800	Gesamtschule
Niederzier	14.000	
insgesamt	23.800	
Nörvenich	10.900	Auflösung Hauptschule
Düren	93.000	2-3 Gemeinschaftsschulen neben 2 Gesamtschulen
Heimbach	4.500	2 Gemeinschaftsschulen
Hürtgenwald	8.700	in der Region
Kreuzau	17.800	
Nideggen	10.700	
Vettweiß	9.000	
insgesamt	50.700	



Ziel dieser Sammlung erster Anregungen ist es, die Chancengleichheit im Kreis Düren unabhängig vom Wohnort so weit als möglich abzusichern und zugleich durch die Ausweitung des Angebotes/der Abschlüsse die vorhandenen Standorte voll umfänglich aufrecht zu erhalten. Jeder geschlossene periphere (und in Zukunft kaum weiter schulisch zu verwendende) Standort würde den Druck auf die zentralen Standorte erhöhen.

Eine Grundlage der weiteren Überlegungen könnte darin bestehen, bei den Gemeinschaftsschulen die Dreizügigkeit als unerläßliche Mindestgrenze (!) anzusehen, selbst dann wenn die Parteien im Ringen um einen Kompromiß zwischen den Regelschulen, Verbundschulen und Gemeinschaftsschulen einen anderen Weg mit kleineren Einheiten gehen würden. Ohne eine ausreichende Zahl von Klassen ist die Differenzierungsfähigkeit nicht gegeben, die Lehrerversorgung nicht gesichert, ein kompakter, inhaltlich breiter Ganzttag nicht zu gewährleisten und das sozial-kulturelle Leben einer Sekundarschule nicht aufrecht zu erhalten.

Das Gutachten bedeutet nicht ein "Ende der Vorschläge". Es ist vielmehr der Auftakt für eine Diskussion, die vorwiegend von der Gesamtheit der Schulen und ihrer Träger zu führen ist - unter Moderation des Kreises Düren. Sicher ist eines wichtig: Das ernsthafte Interesse an den Bildungschancen und -wegen der Kinder erlaubt bei den sich abzeichnenden immensen demographischen und schulstrukturellen Herausforderungen keine Pro-Domo-Diskussion!

